

# WAS BERLIN ZUSAMMENHÄLT

## EIN PLÄDOYER FÜR LEBENSWERTE STADTRÄNDER

BESCHLUSSENTWURF DER CDU-FRAKTION BERLIN

SAMSTAG, 14. APRIL 2018



**CDU**

FRAKTION  
BERLIN

2 **WAS BERLIN ZUSAMMENHÄLT**  
3 **PLÄDOYER FÜR LEBENSWERTE STADTRÄNDER**

4 **A WAS BERLIN ZUSAMMENHÄLT: EIN PLÄDOYER FÜR LEBENSWERTE**  
5 **STADTRÄNDER ..... 2**

6 **B ÜBERALL MITTENDRIN, STADT AM RAND: STADTPLANUNG FÜR GANZ BERLIN.. 5**

7 a. *Status Quo ..... 5*

8 b. *Stadtentwicklung im Gleichgewicht: Konzepte für Außen und Innen..... 6*

9 c. *Stadtplanerische Grundlagen: „Wohnen“ für die äußere Stadt ..... 11*

10 d. *Stadtplanerische Grundlagen: „Wirtschaft“ in der äußeren Stadt ..... 13*

11 e. *Stadtplanerische Grundlagen: „Soziale Infrastruktur“ für die äußere Stadt ..... 16*

12 **C DIE WEICHEN RICHTIG STELLEN: MOBILITÄT AM STADTRAND ..... 22**

13 a. *Status Quo ..... 22*

14 b. *Von Anreizen und Anreisen: Pendler zum Umstieg bewegen ..... 23*

15 c. *Stadt. Rand. (Verkehrs-)Fluss. Mit dem ÖPNV schnell unterwegs am Stadtrand ..... 27*

16 d. *In großen Linien denken: Schienenverkehr endet nicht am Stadtrand. .... 30*

17 e. *Außen im Auto: Straßen am Stadtrand fit machen ..... 32*

18 **D VON DER PIKE AUF: BERLIN BRAUCHT STARKE BEZIRKE..... 36**

19 a. *Status Quo ..... 36*

20 b. *Strukturen re-formieren, Bezirke stärken..... 37*

21 c. *Um Anzupacken braucht es: Hände – und Motivation ..... 43*

22 d. *BerlinFinanz2020. Bezirke neu finanzieren..... 48*

23 e. *Bürger nah und digital: die Zukunftsverwaltung vor Ort ..... 53*

24

## 25 **A Was Berlin zusammenhält: Ein Plädoyer für lebenswerte** 26 **Stadtränder**

27 „Harte Schale, weicher Kern“ – nie war die berühmte Berliner Charaktereigenschaft tref-  
28 fender, um ein echtes Gemeinschaftsgefühl zwischen „Innen und Außen“ zu formulieren,  
29 in dem alle Bezirke gleichberechtigt behandelt werden und sie gemeinsam optimistisch in  
30 die Zukunft blicken können.

31 Eine rasant wachsende Stadt wie Berlin bewahrt ihre Identität und ihre Besonderheiten  
32 dann, wenn sie von kraftvollen, lebenswerten Rändern zusammengehalten wird. Die CDU-  
33 Fraktion will der von der rot-rot-grünen Innenstadtkoalition betriebenen Spaltung der  
34 Stadt entgegenwirken, die Außenbezirke stärken und somit Ausgleich schaffen.

35 Aus fünf Gründen nimmt die CDU-Fraktion die Bezirke jenseits des S-Bahn-Rings verstärkt  
36 in den Blick:

### 37 **Senat ist auf die Innenstadt verengt und vernachlässigt die äußere Stadt**

38 Die Stadtentwicklungspolitik Berlins ist viel zu lange schon auf die Innenstadtperspektive  
39 verengt. Berlin ist aber mehr als die Innenstadt, mehr als die berühmt-berüchtigte Hunde-  
40 kopflogik eines früheren Senatsbaudirektors. Der jahrelange Fokus auf die Innenstadt hat  
41 die äußere Stadt vernachlässigt.

42 Die aktuelle Linkskoalition verfolgt diesen falschen Weg leider konsequent weiter. Sie  
43 macht Politik in Berlin hauptsächlich für das eigene junge, polyglotte, urbane, oft zugezo-  
44 gene Kernklientel. Erstaunlich oft sind dies auch diejenigen Bevölkerungsteile, die inner-  
45 halb des S-Bahn-Rings wohnen. Diese wahlstrategisch motivierte Verengung politischen  
46 Handelns steht im krassen Gegensatz zur Realität der rasant wachsenden Stadt und den  
47 damit verbundenen Ansprüchen der Bürgerinnen und Bürger an eine nachhaltige, gleich-  
48 berechtigte Stadtpolitik.

### 49 **66% der Berliner leben am Stadtrand. Eine politische Heimat geben**

50 Schon heute leben zwei Drittel der Berlinerinnen und Berliner jenseits des S-Bahn-Rings.  
51 Sollte sich die Politik nun weniger stark dort einbringen, weil sich das mediale Schlaglicht,  
52 das politische Brennglas oder die Laustärke der Auseinandersetzung stärker auf die Berli-  
53 ner Innenstadt als Herzkammer und weniger stark auf die Adern der Außenbezirke kon-

54 zentrieren? Das wäre der falsche Weg. Auch um Vertrauen in die Politik zurückzugewinnen  
55 und die Ränder Berlins nicht an den politischen Rand zu drücken, wollen wir auch den dort  
56 lebenden Menschen eine politische Heimat geben.

### 57 **Berlin wächst - vor allem an seinen Rändern: Wachstum gestalten**

58 Berlin ist nicht nur eine Stadt, Berlin ist 12 Städte. Selbst der einwohnerschwächste Bezirk  
59 Berlins hat mehr Einwohner als die Landeshauptstädte Kiel, Erfurt, Mainz, Saarbrücken  
60 oder Potsdam. Gemessen an der Einwohnerzahl gehört jeder zweite Bezirk für sich ge-  
61 nommen bereits zu den 25 größten Städten der Bundesrepublik. Allein daraus ergibt sich  
62 die Notwendigkeit einer anderen Blickweise auf die einzelnen urbanen Zentren, auf die  
63 einzelnen Städte in der Stadt, die in Berlin Bezirke genannt werden.

64 Hinzu kommt: Seit dem Jahr 2015 wächst Berlin jährlich um die Einwohnerschaft einer  
65 mittleren Kleinstadt. Angesichts dieser massiven demografischen Verschiebungen fragen  
66 sich die Bürger jenseits des S-Bahn-Rings zurecht, welche Angebote die Politik ihnen noch  
67 machen kann oder will.

### 68 **100 Jahre Groß-Berlin: Zeit für einen ganzheitlichen Blick**

69 Im Jahr 1920 vereinigten sich 67 Städte und Gemeinden zu einer kraftvollen kommunalen  
70 Selbstverwaltung: Groß-Berlin war geboren. Stein des Anstoßes dafür war damals auch die  
71 Erkenntnis, dass die Kluft zwischen dem zentralen „Alt-Berlin“ mit seinen umgebenden  
72 sieben Gemeinden und dem großen „Rest“ viel zu groß geworden war. Die politischen Ent-  
73 scheidungen spürten, dass die damals so rasant wachsende Stadt einer gemeinsamen Verbin-  
74 dung bedürfe, in der sich alle Berlinerinnen und Berliner aufgehoben und gleichermaßen  
75 repräsentiert fühlten. Heute, knapp 100 Jahre später, steht Berlin erneut vor dem Problem  
76 einer immer fragmentierteren Stadtgesellschaft, die droht, ihren gemeinsamen Kern in der  
77 sich rasant verändernden, erneut wachsenden Stadt zu verlieren.

### 78 **Zerrieben zwischen Innenstadt und Speckgürtel - keine Pariser Verhältnisse**

79 Andere Metropolen leiden unter den fatalen Konsequenzen des Wegsehens. So haben sich  
80 die Vororte der Pariser Innenstadt, die „banlieues“, zu Synonymen für vergessene Schlaf-  
81 städte mit sozialen Spannungen entwickelt, mit einem in jeglicher Hinsicht schlechten  
82 Anschluss an die Innenstadt.

83 Die Kehrseite der Attraktivität der Berliner Innenstadtbezirke zeigt sich auch am Stadt-  
84 rand. Großsiedlungen der 70er- und 80er-Jahre nehmen Menschen auf, die sich weder ein  
85 Leben in der Innenstadt noch im Berliner Speckgürtel leisten können. Der kürzlich erschie-  
86 nene Armutsbericht belegt diese traurige Tendenz eindrucksvoll. Wer aber Angebote für  
87 alle schaffen möchte, muss auch und besonders eine positive Entwicklung der äußeren  
88 Stadt im Blick haben. Die Probleme, die Wachstumsschmerzen Berlins und seiner Men-  
89 schen, dürfen nicht an den Rand gedrängt werden.

90 In den Randbezirken Berlins stellen sich die wirklich drängenden und teilweise unbeque-  
91 men Herausforderungen, für die Rot-Rot-Grün bisher keine Rezepte geliefert hat:

92 Wie kann überall in Berlin nachhaltig bezahlbarer und dennoch attraktiver Wohnraum ge-  
93 schaffen werden, in einer typischen Berliner Mischung aus Eigentum und Miete, aus Woh-  
94 nung, Reihen- und Einfamilienhaus? Wie können auch die Stadtteilzentren, die ärztliche  
95 Versorgung und die Nahversorgung in den Bezirken jenseits des Innenstadtrings gestärkt  
96 und städtebaulich/architektonisch qualifiziert werden?

97 Wie kann der so wachsende Stadtrand und das Berliner Umland optimal an den öffentli-  
98 chen Nahverkehr angebunden werden, mit Verkehrskonzepten, welche die zunehmenden  
99 Pendlermassen kanalisieren und die individuelle Mobilität am Stadtrand erhöhen, ohne  
100 einzelne Verkehrsteilnehmer gegeneinander auszuspielen?

101 Was muss getan werden, damit die Verwaltung auch am Stadtrand (und in ganz Berlin)  
102 effizient und bürgernah arbeiten kann, mit klaren Zuständigkeiten und starken Bezirken,  
103 die personell und finanziell auskömmlich ausgestattet sind?

104 Kurz: Wie kann eine Ausgleichspolitik aussehen, die die Interessen der Innenstadt nicht  
105 auf Kosten der Außenstadt bevorzugt, wie das unter Rot-Rot-Grün auf allen Ebenen ge-  
106 schieht.

107 Die CDU-Fraktion Berlin nimmt sich dieser Fragen an. Sie plädiert für einen politischen  
108 Perspektivwechsel im wahrsten Sinne des Wortes:

109 **Lebenswerte Stadtränder halten Berlin zusammen.**

110

## 111 ***B Überall mittendrin, Stadt am Rand: Stadtplanung für ganz Berlin***

### 112 ***a. Status Quo***

113 Die einmalige Identität Berlins beruht auf seinen geschichtlich gewachsenen räumlichen  
114 Ordnungen und seiner polyzentrischen Struktur. Berlin besteht eben nicht nur aus den  
115 beiden innerstädtischen Zentren, die politisch durch die Teilung der Stadt entstanden sind.  
116 Auch jenseits des Innenstadtrings finden sich voll-intakte Begegnungsorte und gesell-  
117 schaftliche Zentren des öffentlichen Stadtlebens. Der Lebensmittelpunkt der meisten  
118 Berliner liegt nicht rund um Kurfürstendamm und Alexanderplatz, sondern in den lokalen  
119 Zentren der Kieze, Ortsteile und Bezirke. Diese örtlichen Identitätskerne auch stadtplane-  
120 risch zu stärken, ist eine der wichtigsten politischen Herausforderungen in Zeiten des  
121 rasanten Stadtwachstums und der damit einhergehenden Veränderungsprozesse.

122 Das Bevölkerungswachstum Berlins hat sich in den letzten Jahren dramatisch beschleunigt,  
123 was sich unterschiedlich auf die Entwicklung der Innen- und der Außenstadt auswirkt.  
124 Während sich in der Innenstadt der Veränderungsdruck vor allem in einem verschärften  
125 Verdrängungswettbewerb und in der Auseinandersetzung um Schutz oder  
126 Weiterentwicklung des baulichen Bestands offenbart, steigt in den äußeren Stadtteilen der  
127 Druck auf noch vorhandene Freiflächen in einer Weise, die jedem Außenstehenden  
128 wahlweise als ungesteuert oder fehlgesteuert erscheinen muss. Konzepte und Leitlinien  
129 sind aber gerade in dieser Phase des dynamischen Wandels unabdingbar, um  
130 schwerwiegenden stadtstrukturellen Fehlentwicklungen entgegenzuwirken.

131 Der Druck rasant steigender Mieten in der Innenstadt führt zu einer  
132 Wanderungsbewegung an den Stadtrand, und zwar sowohl durch Privatpersonen, wie auch  
133 durch Unternehmen. Die daraus folgende Unterversorgung ganzer Ortsteile mit der  
134 notwendigen Infrastruktur wie Kitas, Schulen, Sportplätzen etc. erfordert ein  
135 entschlossenes Gegensteuern. Im Zuge der Sparpolitik der rot-rot-geführten Regierungen  
136 mussten Bezirke Vorratsflächen aufgeben, die nunmehr zur Errichtung der erforderlichen  
137 Infrastruktur fehlen. Die Große Koalition der Jahre 2011 bis 2016 hat hierauf zwar  
138 einerseits richtig mit neuen Investitionsschwerpunkten und der Schaffung des  
139 Sondervermögens „Infrastruktur der Wachsenden Stadt“ reagiert. Jedoch blieb die SPD-

140 geführte Stadtentwicklungsverwaltung die planerischen Leitideen für das Wachstum der  
141 Stadt schuldig.

142 Wer die Gesamtstadt in den Blick nimmt, der muss vor allem ihre Vielfalt und  
143 Unterschiedlichkeit anerkennen und zum Ausgangspunkt aller planerischen Überlegungen  
144 machen. Es gibt in Berlin ländliche, nahezu dörfliche Bereiche, die von Naturschutz-  
145 gebieten umgeben sind. Daneben haben sich Gebiete mit einer lockeren Bebauung aus  
146 Ein- und Zweifamilienhäusern entwickelt, aber auch Großsiedlungen mit dichter  
147 Hochhaus-Bebauung. Gewerbegebiete finden sich in unterschiedlichster Ausprägung,  
148 Größe und Durchmischung.

149 Auch die unterschiedlichen demografischen Gruppen teilen sich immer deutlicher entlang  
150 des Gegensatzes von Innenstadt und Randbezirken auf. In den Außenbezirken Spandau,  
151 Marzahn und Reinickendorf wohnen besonders viele ältere Bürger. In die Innenbezirke  
152 Mitte, Kreuzberg und Pankow ziehen hingegen vor allem junge Leute. Zugezogene „Nicht-  
153 Berliner“ tendieren ebenfalls verstärkt dazu, Wohnungen im Inneren des S-Bahn-Rings  
154 beziehen zu wollen. In den Randbezirken ist der Anteil an „Ur-Berlinern“ deutlich höher, in  
155 Spandau liegt der Anteil der in Berlin geborenen gar bei 67 Prozent. In Mitte sind es ledig-  
156 lich 37 Prozent. Nach Angaben des Einwohnermeldeamtes Mitte befinden sich unter den  
157 3,5 Millionen Personen, die in Berlin gemeldet sind, 1,6 Millionen, die in Berlin geboren  
158 sind. Etwa 53 Prozent sind demnach zugezogen.

159 Weil Rot-Rot-Grün diese vielfältigen Lebensrealitäten der Stadt überhaupt nicht im Blick  
160 zu haben scheint, erleben wir heute ein zunehmendes Auseinanderdriften der Stadt nicht  
161 nur bei Fragen des Wohnungsbaus und der Planung von Stadtteilzentren, sondern auch im  
162 Hinblick auf Ungleichheiten bei der Ausstattung mit Infrastruktur, sozialen und kulturellen  
163 Einrichtungen oder gesundheitlicher Versorgung. Unser Ziel ist es, diese Kluft zwischen  
164 der inneren und äußeren Stadt zu schließen und die Attraktivität der Stadt gerade dort zu  
165 stärken, wo ihre räumliche Erweiterung Platz greift.

### 166 ***b. Stadtentwicklung im Gleichgewicht: Konzepte für Außen und Innen***

167 Der stadtentwicklungspolitische Fokus lag in den Jahrzehnten seit der Wende und der  
168 Wiedervereinigung Berlins klar auf der Entwicklung des Berliner „Doppelzentrums“. Es  
169 wurde lange versäumt, einen angemessenen Schwerpunkt auf die Entwicklung der äußeren

170 Stadt zu legen. Auch die im Rahmen des "Stadtentwicklungskonzepts 2030" gesetzten  
171 räumlichen Schwerpunkte und die in der "Berlinstrategie 2.0" abgebildeten  
172 Handlungsempfehlungen bleiben vielfach abstrakt und greifen auch in der Sache zu kurz.  
173 Es sind aber insbesondere die interessengeleiteten Prioritäten der rot-rot-grünen  
174 Innenstadtkoalition, die Anlass zu der großen Sorge geben, dass die Belange der äußeren  
175 Stadt- und Ortsteile in den kommenden Jahren schweren Schaden nehmen.

176 **Planerische Grundlage für die Außenstadt schaffen.** Die unausgewogene politische  
177 Schwerpunktsetzung wird auch in der Tiefe der planerischen Grundlagen für die  
178 Stadtentwicklung deutlich. Während sich auf der einen Seite das weit entwickelte  
179 "Planwerk Innere Stadt" intensiv mit dem räumlichen Leitbild für das Berlin innerhalb  
180 des S-Bahn-Ringes fokussiert, fehlt ein ähnlich umfassendes Konzept für die  
181 raumstrukturelle Entwicklung der äußeren Stadt. Es ist seit langem nicht erkennbar,  
182 dass die Stadtentwicklungsverwaltung sich mit den spezifischen Bedürfnissen und  
183 Entwicklungsbedingungen der Außenbezirke in der gebotenen Ernsthaftigkeit  
184 beschäftigt. Gerade weil der aktuelle Wachstumsschub mit großen Belastungen für die  
185 äußere Stadt und ihre Bewohner verbunden ist, müssen sie von den Chancen des  
186 Wachstums in besonderer Weise profitieren. Derzeit läuft Berlin Gefahr, funktionale  
187 Defizite der Stadtstruktur zu verfestigen, womöglich sogar zu verschärfen. Die CDU-  
188 Fraktion sieht es daher als notwendig an, eine planerische Grundlage für die  
189 Außenstadt zu schaffen, die sich in die Polyzentralität Berlins einfügt.

190 **Nachverdichtung vor Außenerweiterung.** Es gilt, mittels eines umfassenden  
191 Strukturkonzepts politische Antworten auf die Frage zu geben, wie das Wachstum der  
192 Stadt mit seiner historisch gewachsenen räumlichen Identität in Einklang zu bringen  
193 ist. Hierbei gilt für die CDU-Fraktion weiterhin der Grundsatz, der innenstädtischen  
194 Nachverdichtung den Vorzug vor der Außenerweiterung zu geben. Bei zunehmender  
195 Konkurrenz verschiedener Nutzungsansprüche um die begrenzte Stadtfläche soll auch  
196 zukünftig so viel wie möglich des aktuellen und zukünftigen Bedarfs durch eine  
197 bessere Ausnutzung und Verdichtung der bereits bebauten Stadt, und nur so viel wie  
198 nötig durch Erweiterung nach außen abgedeckt werden. Die auf innenstädtische  
199 Besitzstandswahrung fokussierte Politik der Koalition von SPD, Linken und Grünen  
200 verkehrt dieses Grundprinzip gesunder Stadtentwicklung aktuell ins Gegenteil.



201 ***Sich beim Wachstum ehrlich machen.*** Dennoch wird sich die Stadt auch nach unserer  
202 Überzeugung nach außen erweitern müssen, das zeigen aktuelle Zahlen zum  
203 Bevölkerungswachstum und alle diesbezüglichen Prognosen. Laut den Daten des  
204 Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg hat die Berliner Bevölkerung im  
205 Jahresvergleich 2016 zu 2017 um mehr als 41.000 Personen zugenommen (31.12.2016:  
206 3.670.622 / 31.12.2017: 3.711.930).

207 Das zeigt, wie unrealistisch die Zahlen sind, auf denen die Senatsverwaltung für  
208 Stadtentwicklung ihre Planungen aufbaut. Senatorin Lompscher geht davon aus, dass  
209 es bis 2030 nur ein Bevölkerungswachstum um gut 180.000 Personen geben wird. Die  
210 Stadterweiterung muss mit der Stärkung der polyzentralen Struktur Berlins  
211 einhergehen. Es ist diese besondere städtische Qualität, die Berlin dauerhaft positiv  
212 und anziehend von anderen metropolitanen Zentren Europas unterscheiden kann.  
213 Unsere Vorstellung vom zukünftigen Berlin ist von der Idee seiner räumlichen und  
214 funktionalen Vielfalt geleitet, weshalb wir uns in besonderer Weise der Stärkung der  
215 äußeren Stadt verschreiben.

216 ***IBA 2030: Gemeinsam stark.*** Wir wollen mit unseren räumlichen Leitvorstellungen die  
217 Grundlage für ein planerisches Gesamtkonzept schaffen, das die Entwicklung der  
218 äußeren Stadt in den Blick nimmt. „Draußenstadt wird Drinnenstadt“ sollte einmal das  
219 Leitthema der Internationalen Bauausstellung 2020 in Berlin werden, bevor das  
220 Projekt vom damaligen Stadtentwicklungssenator Michael Müller sang- und klanglos  
221 beerdigt wurde. Dabei hätte gerade die intensive Beschäftigung mit den peripheren  
222 Stadträumen die Grundlage für eine neue stadtentwicklungspolitische  
223 Schwerpunktsetzung sein können. Der heutige Regierende Bürgermeister hat damit  
224 schon früh bewiesen, weder das nötige Bewusstsein für die grundsätzlichen  
225 Notwendigkeiten der wachsenden Stadt Berlin zu besitzen – noch das dafür  
226 erforderliche Durchsetzungs- und Durchhaltevermögen. Denn während sich in diesen  
227 Jahren auf der einen Seite seltene Möglichkeiten und Notwendigkeiten politischer  
228 Gestaltung eröffnen, besteht auf der anderen Seite eben die große Gefahr, dass sich  
229 die auf die Stadt derzeit einwirkenden Kräfte ohne die Einbindung in ein positives  
230 Leitbild zerstörerisch auswirken können auf das, was uns Berlin liebenswert und  
231 vertraut gemacht hat. Ein solches Leitbild für die Gesamtstadt zu entwickeln, dafür

232 sind auch beim rot-rot-grüne Senat bisher keine ernsthaften Anstrengungen  
233 erkennbar. Wer sich seit Regierungsantritt vor 1,5 Jahren ohne neue Erkenntnisse in  
234 „Leitlinien für die Bürgerbeteiligung“ verliert, der hat ganz offenkundig keinen Blick  
235 für das Wesentliche und keine eigene Idee für die Entwicklung unserer Stadt.

236 Der Verzicht auf die Durchführung einer Internationalen Bauausstellung 2020 mit dem  
237 Leitthema „Draußenstadt wird Drinnenstadt“ war eine der großen  
238 stadtentwicklungspolitischen Fehlleistungen des seinerzeit zuständigen Senators  
239 Michael Müller. Die IBA hätte exemplarische Lösungen für die Zukunftsfrage  
240 entwickeln können, wie sich die Attraktivität peripherer Stadtlagen gerade in einer  
241 dynamischen Phase des Wachstums erhalten und steigern lässt. Eine IBA ist anzusehen  
242 wie ein temporärer stadtentwicklungspolitischer Ausnahmezustand. Sie agiert  
243 außerhalb des politischen Tagesgeschäfts der Stadtentwicklung und ist eine Plattform  
244 und ein Instrument, möglichst unabhängig von der Verwaltung planerische  
245 Innovationen zu erzeugen. Sie bindet das Wissen, das Engagement und die Erfahrung  
246 von möglichst vielen Akteuren innerhalb und außerhalb der jeweiligen Stadt oder  
247 Region ein. Eine IBA kann zu genau dem gesellschaftlichen und politischen Umdenken  
248 und zu den neuen Verfahren und Planungsinstrumenten führen, die eine Stärkung  
249 alter und neuer Stadtteile jenseits der Mitte in den Fokus rücken. Wir glauben, dass  
250 der Gedanke der IBA wieder aufgegriffen und weitergeführt werden sollte. Unser Ziel  
251 ist die Durchführung einer „IBA 2030: Gemeinsam stark.“, die gemeinsam mit  
252 Brandenburg zu entwickeln ist. Diese IBA 2030 soll das Leitthema der ursprünglich  
253 geplanten IBA 2020 aufgreifen und auf das stadtentwicklungspolitisch mehr denn je  
254 gebotene Zusammenspiel mit den Berliner Umlandgemeinden erweitern.

255 ***Gemeinsam stark. Gemeinsame Landesplanung ausbauen.*** Seit der Wiedervereinigung  
256 Deutschlands haben die Länder Berlin und Brandenburg große Schritte hin zu einer  
257 engeren Zusammenarbeit gemacht. Berliner und Brandenburger sind durch ihre  
258 Nachbarschaft und ihre gemeinsame Geschichte miteinander verbunden und  
259 profitieren gleichermaßen von der regionalen Nähe beider Länder. Die  
260 Herausforderungen der wachsenden Metropolregion werden die vielfach  
261 verflochtenen und voneinander abhängigen Partner ebenfalls nur gemeinsam  
262 bewältigen können. Berlin braucht Brandenburg, und Brandenburg braucht Berlin.

263 Zwar zeugen mehr als zwei Dutzend Staatsverträge von einer hohen Intensität der  
264 Zusammenarbeit diverser Verwaltungen und einer großen regionalen, kulturellen,  
265 sozialen und wirtschaftlichen Verbundenheit. Gleichzeitig bestehen aber erhebliche  
266 Zweifel daran, dass die Größe der aktuellen gemeinsamen Herausforderungen von der  
267 rot-roten Regierung in Brandenburg bzw. dem rot-rot-grünen Senat in Berlin wirklich  
268 erkannt wird. Die Sitzungsabstände und -dauer der in den vergangenen Jahren  
269 durchgeführten Landesplanungskonferenzen lassen jedenfalls darauf schließen, dass  
270 die Gemeinsame Landesplanung von beiden Partnern bestenfalls als politisches  
271 Stiefkind, nicht aber als Schicksalsfrage begriffen wird.

272 Es ist nach unserer festen Überzeugung das Gebot der Stunde, die Zusammenarbeit  
273 der Bundesländer erheblich zu intensivieren. Dazu gehört nicht nur eine bessere  
274 Personalausstattung in den für die Gemeinsame Landesplanung zuständigen  
275 Verwaltungen, dazu gehören vor allem neue Formate und Formen der verbindlichen  
276 planerischen Abstimmung und Verabredung.

277 **Ein Metropolenraum, eine Metropolraumkonferenz.** Es ist unser Ziel, die  
278 Entwicklungsperspektiven und wohnungsbaupolitischen Zielvorstellungen des Senats  
279 und der Bezirke von Berlin in regelmäßigen Abständen gemeinsam mit Vertretern der  
280 Brandenburger Umlandgemeinden auf einer Metropolraumkonferenz zu erörtern und  
281 lokale Strategien aufeinander abzustimmen. Berlin und seine Umlandgemeinden  
282 müssen gemeinsame Grundsätze für das Wachstum der Metropolregion entwickeln  
283 und im Ergebnis ein politisches Bündnis für den Wohnungsneubau schmieden.  
284 Schließlich haben die Umlandgemeinden, und nicht etwa die Landesregierung von  
285 Brandenburg, die Planungshoheit für die wichtigen Siedlungsvorhaben jenseits der  
286 Berliner Landesgrenze. Die Verteilung von Lasten und Chancen des Stadtwachstums  
287 ist also noch dringender mit Brandenburger Gemeindebürgermeistern zu besprechen,  
288 als mit dem Ministerpräsidenten. Die Durchführung der Internationalen  
289 Bauausstellung 2030 für die wachsende Metropolregion wird hierbei maßgeblich dazu  
290 beitragen, die Zusammenarbeit der Bundesländer auf eine neue Ebene zu heben.

291 **c. Stadtplanerische Grundlagen: „Wohnen“ für die äußere Stadt**

292 Das wesentliche Element unserer räumlichen Leitvorstellung ist das Thema Wohnungsbau.  
293 In den Außenbezirken existieren die verschiedensten Wohnmodelle, die unterschiedlich  
294 gewachsen sind und die teilweise durch die Teilung unserer Stadt auch den  
295 unterschiedlichen politischen Bedingungen geschuldet sind. Es gibt Großsiedlungen (auch  
296 in Plattenbauweise), Siedlungen mit Einfamilienhäusern und Gebiete, in denen größere  
297 Wohnhäuser und Ein- bzw. Zweifamilienhäuser vereint sind. Unsere Ideen sollen eine  
298 Grundlage dafür schaffen, wie künftig in den Außenbezirken das Wohnen gestaltet werden  
299 soll und kann. Dabei sind viele dieser Ansätze, die in ein entsprechendes Planwerk  
300 einfließen können, nicht nur ausschließlich für die Außenbezirke geeignet, sondern stellen  
301 Modelle dar, die auch in der gesamten Stadt angewandt werden können. Es gilt für uns der  
302 Grundsatz: kein Bau von neuen Gebieten, ohne den zeitlich vorgelagerten Bau der  
303 verkehrlichen und sozialen Infrastruktur (Kittas, Schulen, Gemeindezentren) begonnen zu  
304 haben.

305 **Berliner Mischung weiter leben (lassen).** In einem Haus, einem Wohnblock oder einem  
306 Viertel leben unterschiedliche soziale Schichten und verschiedene Kulturen  
307 miteinander, es gibt Büros, Ärzte, Rechtsanwälte, Gewerbe und eventuell auch  
308 produzierende Betriebe. Hier gibt es starke Wohnungsgenossenschaften, Eigentum  
309 und viele Mietwohnungen. Alle leben neben- und miteinander. Das ist die sogenannte  
310 "Berliner Mischung". Wir setzen uns ausdrücklich dafür ein, dass auch in den  
311 Außenbezirken diese Durchmischung gefördert wird. Dort, wo sie besteht, muss sie  
312 gefördert werden. Und wo es sie noch nicht gibt, muss entsprechend steuernd  
313 eingegriffen werden. In neuen Wohngebieten bedeutet dies, bereits bei der  
314 Konzeption für die unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten Sorge zu tragen.

315 **Soziale Brennpunkte verhindern.** Beim Wohnungsneubau und auch im Bestand, hierbei  
316 insbesondere bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften, sind die Bezieher  
317 niedriger Einkommen entsprechend zu berücksichtigen. Dabei gilt es jedoch, Fehler  
318 aus der Vergangenheit zu vermeiden. Großsiedlungen mit einem zu hohen Anteil an  
319 Sozialwohnungen können leicht zu Problemgebieten werden, wie das Beispiel der  
320 Gropiusstadt in den späten 70er-Jahren des letzten Jahrhunderts zeigt. Wir setzen uns  
321 dafür ein, dass es – wie beispielsweise in München längst üblich – auch bei der

322 Entwicklung neuer Gebiete eine Mischung aus genossenschaftlichem, privatem und  
323 öffentlichem Wohnungsbau gibt. Dies sichert eine städtebauliche Vielfalt und  
324 diversifizierte Angebote für alle Einkommens- und Altersgruppen.

325 **Gesellschaftliche Entwicklungen beachten.** Die Demografie und die aktuellen  
326 Entwicklungen bei Flüchtlingen aus Krisengebieten zeigen weitere Bereiche auf, bei  
327 denen künftiger Handlungsbedarf besteht. Es wird künftig nicht nur mehr Menschen  
328 geben, die auf stationäre Pflege angewiesen sind, sondern auch immer mehr Senioren,  
329 die alleine oder mit einem geringen Pflegeaufwand ihren Lebensabend in der eigenen  
330 Wohnung verbringen. Eine schnelle Reaktion auf gesellschaftliche Veränderungen  
331 verhindert Ausgrenzungen und verbessert die Integration in die Gesellschaft. Genauso  
332 wie Anteile von WBS-Berechtigten im Auge zu behalten sind, erscheint es daher  
333 sinnvoll, auch über eine Integration von altersgerechten Wohnungen und Wohnungen  
334 für Senioren-WG nachzudenken. Da neue Bauvorhaben künftig überwiegend in den  
335 Randbezirken realisiert werden dürften, ist dies ein weiterer Ansatz, um auch die Au-  
336 ßenbezirke als Wohnort attraktiver zu machen.

337 **Städtebauliche Qualität sichern.** Ein neues Stadtquartier muss so aufgebaut sein, dass  
338 dort nicht nur große Mehrfamilienhäuser stehen. Es muss auch eine Durchmischung  
339 der einzelnen Gebäudearten geben. Mehrfamilienhäuser, die auch mit größeren,  
340 familienfreundlichen Wohnungen ausgestattet sind, finden ihren Platz neben Häusern  
341 mit Eigentumswohnungen, Einfamilienhäusern und Reihenhäusern. Unterschiedliche  
342 Bedürfnisse müssen miteinander vereinbart werden, nur so kann Vielfalt entstehen,  
343 die mit einer entsprechenden Lebensqualität verbunden ist. Für diese Durchmischung  
344 gibt es verschiedene Beispiele in unserer Stadt, sowohl entsprechend konzipierte als  
345 auch natürlich gewachsene. Eine Einseitigkeit ausschließende Planung ist daher ein  
346 wichtiger Faktor für die künftige Planung von neuen Stadtgebieten.

347 **Förderung von Eigentum.** Betrachtet man das Wohnen, darf man sich jedoch nicht nur  
348 auf die Miete von Wohnungen oder Häusern konzentrieren. Berlin hat im Vergleich  
349 mit anderen Bundesländern, oder auch dem EU-Durchschnitt, einen vergleichsweise  
350 hohen Anteil an Mietern, daher muss mittelfristig darauf hingearbeitet werden, dass  
351 der Bereich des Wohneigentums stärker gefördert wird – auch um Altersarmut  
352 vorzubeugen. Hier sind entsprechende Instrumente einzusetzen. Vorstellbar sind eine

353 Erhöhung der Eigentumsbildung beispielsweise durch die Förderung von Familien,  
354 Eigenkapital ersetzende Bürgschaften oder Ermäßigungen bei der Grunderwerbsteuer.

355 **Einbindung privater Investoren.** Aktuell beklagen private Projektentwickler das  
356 schlechte Klima, das in Berlin für private Investoren herrscht. Das Ergebnis ist, dass  
357 privat finanzierte Projekte nach Brandenburg oder in andere Metropolenräume  
358 ausweichen. Die städtischen Wohnungsgesellschaften in Berlin sind jedoch weder  
359 finanziell noch aufgrund ihrer Kapazitäten in der Lage, den in unserer wachsenden  
360 Stadt notwendigen Bedarf im Wohnungsneubau alleine zu bewältigen. Es ist daher  
361 unumgänglich, dass private Investoren und auch Genossenschaften in den  
362 Wohnungsneubau stärker eingebunden werden.

#### 363 **d. Stadtplanerische Grundlagen: „Wirtschaft“ in der äußeren Stadt**

364 Eine florierende Wirtschaft ist ein wesentlicher Motor für die weitere Entwicklung der  
365 Stadt. Dies gilt für alle Aspekte der wirtschaftlichen Entwicklung, bei der auch Innovation  
366 und Forschung mitgedacht werden müssen. Außenbezirke, in denen sich Wirtschaft, Ge-  
367 werbe, Technologie und Forschung ansiedeln und die attraktive Gebiete für Touristen sind,  
368 sind auch für ihre Bewohner attraktiv. Um die Ränder Berlins zu fördern und zu stärken,  
369 stellt daher auch die wirtschaftliche Entwicklung eine stadtplanerische Grundlage und ei-  
370 nen wichtigen Schwerpunkt dar.

371 **Gewerbegebiete fördern.** Der Nutzungswettbewerb um unbebaute Flächen verschärft  
372 sich in Berlin dramatisch. Für die wachsende Stadt Berlin benötigen wir aber auch eine  
373 wachsende Anzahl an Arbeitsplätzen. Dabei ist die Ansiedlung von Gewerbe und Un-  
374 ternehmen nur dort möglich, wo Gewerbegebiete vorhanden sind, bestehende Gebie-  
375 te erweitert oder neue Gebiete ausgewiesen werden. Um die Verfügbarkeit der vor-  
376 handenen und geplanten Flächen transparent zu gestalten, ist es daher erforderlich,  
377 dass ein öffentlich zugängliches Gewerbekataster eingeführt wird, in dem die Gewer-  
378 beflächen ausgewiesen werden. Ein Konzept zur Sicherung von Gewerbeflächen ein-  
379 schließlich dessen Integration in den StEP Industrie und Gewerbe ist ein weiterer  
380 Schritt zur Förderung der Wirtschaft, auch in den Randbezirken.

381 **Industrie und Gewerbe der Zukunft.** Die äußeren Bezirke spielen bei der Entwicklung  
382 von Unternehmen und Arbeitsplätzen der Zukunft eine entscheidende Rolle. Flächen

383 wie die WISTA in Adlershof, der geplante Campus auf dem ehemaligen Siemens-  
384 Gelände in Spandau, das Technologiezentrum an der Fabeckstraße oder der CleanTech  
385 Business Park in Marzahn sind bestens für die Ansiedlung neuer Technologieunter-  
386 nehmen in Berlin geeignet. Dabei müssen die Wirtschaftsfördergesellschaft des Lan-  
387 des, Berlin Partner und die Bezirke noch viel stärker unterstützt werden. Die Vermark-  
388 tung dieser und weiterer Standorte unter der Marke „Zukunftsorte“ ist der richtige  
389 Weg und muss noch stärker ausgebaut werden.

390 **Stärkung der lokalen Zentren.** In den 1990er- und 2000er-Jahren wurden bei der  
391 Stadtentwicklung in Bezug auf die Ausweisung von zusätzlichen Einzelhandelsflächen  
392 in Shopping-Malls Fehler gemacht. Diese Malls stehen zum großen Teil in den lokalen  
393 Zentren. Die meisten Zentren in den Bezirken oder Ortsteilen sind aber zugleich auch  
394 Einkaufsstraßen und stehen dadurch immer mehr in Konkurrenz mit den Shopping-  
395 Malls sowie mit dem wachsenden Internetvertrieb. In der letzten Legislaturperiode  
396 haben wir deshalb mit dem Gesetz für Immobilien- und Standortgemeinschaften  
397 bereits ein wichtiges Instrument geschaffen, mit dem der lokale Handel gestärkt  
398 werden kann. Dieses Instrumentarium gilt es weiterhin auszubauen und auch bei der  
399 Stadtplanung im Auge zu behalten. Auch unterhalb dieses Instruments muss mit  
400 wirtschaftsfördernden Maßnahmen alles getan werden, um den Einzelhandel in den  
401 Kiezen zu unterstützen und zu halten.

402 **Ränder für den Tourismus entwickeln.** Die Außenbezirke bieten attraktive Ziele für  
403 den Tourismus, der sich dennoch hauptsächlich auf den inneren Bereich des S-Bahn-  
404 Ringes konzentriert. Visit Berlin als zentraler Tourismusvermarkter Berlins setzt seit  
405 einigen Jahren verstärkt auf touristische Ziele in der äußeren Stadt, um Besucher  
406 Berlins zum wiederholten Male in die Stadt - zu neuen Zielen - zu locken. Die Britzer  
407 Gärten, die Gärten der Welt aber auch touristische Highlights wie die Glienicker  
408 Brücke, den Campus für Demokratie oder die Wasserwege in Treptow- Köpenick sind  
409 ideale Naherholungsbiete und spannende neue Destinationen für Berlin-Besucher.  
410 Diese Aktivitäten gilt es gezielt auszubauen und die Bezirksämter, Initiativen und  
411 Vereine mit Mitteln auszustatten. Die Digitalisierung bietet gerade hier besondere  
412 Chancen, auf Orte außerhalb der Innenstadt aufmerksam zu machen und noch  
413 gezielter vor Ort zu informieren und Touristen zu führen. Diese Chance wollen wir mit

414 den Berliner Bezirken noch viel stärker nutzen und diese bei der Entwicklung  
415 unterstützen.

416 **Versorgung sichern.** Auch und insbesondere unter dem Gesichtspunkt der  
417 demografischen Entwicklung ist es erforderlich, dass die Nahversorgung nicht mit  
418 langen Wegen verbunden ist. Gerade bei der Konzeption von neuen, aber auch bei der  
419 Entwicklung von bestehenden Stadtgebieten muss daher das Augenmerk darauf  
420 gerichtet sein, dass ein kieznahe Einzelhandelsangebot vorhanden ist.

421 **Im Vorfeld auf die Eröffnung des BER reagieren.** Die Gemeinde Schönefeld hat  
422 gemeinsam mit dem Land Berlin im Jahr 2008 mit dem "Masterplan Gateway BBI" eine  
423 gemeinsame Rahmenplanung für die Entwicklung und Gestaltung des Umfeldes des  
424 Flughafens Berlin-Brandenburg "Willy Brandt" (BER) ins Leben gerufen. Einerseits ist  
425 es erforderlich, diese Planung zu aktualisieren und an die neuen Bedürfnisse des  
426 Flughafens anzupassen. Andererseits ist es aber auch auf Berliner Seite erforderlich,  
427 eigene Konzepte für das Berliner Stadtgebiet aufzulegen, um nicht den sehr aktiven  
428 Brandenburgern "hinterherzuhinken".

429 **Anbindung von Wohn- und Gewerbegebieten.** Die Anbindung neuer und auch  
430 bestehender Wohn- und Gewerbegebiete ist eine Thematik, die eine besonders  
431 sorgfältige Planung benötigt. Von der verkehrlichen Anbindung kann der Erfolg eines  
432 neuen Quartiers unmittelbar abhängen. Der Erfolg, den beispielsweise die  
433 Gropiusstadt – bis zur Veränderung Ende der 70er-Jahre des letzten Jahrhunderts –  
434 nach ihrer Vollendung erlebte, hing unmittelbar damit zusammen, dass nahezu  
435 zeitgleich mit der Fertigstellung der Wohnhäuser die verkehrliche Infrastruktur,  
436 insbesondere die Anbindung an die U-Bahn, ebenfalls vorhanden war. Leider gibt es  
437 aber in Berlin, insbesondere im ehemaligen Westteil der Stadt, auch die  
438 entsprechenden Gegenbeispiele, bei denen neuer Wohnraum geschaffen wurde, die  
439 verkehrliche Anbindung jedoch nicht erfolgte, was schlussendlich zum Misserfolg der  
440 Quartiere erheblich beitrug. Für Gewerbegebiete gilt das gleiche. Eine zeitnahe  
441 Anbindung, insbesondere an Regionalbahn, U- oder S-Bahn, ist von erheblicher  
442 Bedeutung sowohl für die Arbeitnehmer als auch für die jeweilige Kundschaft.  
443 Entsprechende Bestellungen bei der Deutschen Bahn – oder eigene Planungen beim



444 Anschluss an die BVG – müssen daher zeitnah und mit einem kurzen Vorlauf  
445 geschehen, da ansonsten der Erfolg eines Gewerbegebietes auf dem Spiel steht.

446 **e. Stadtplanerische Grundlagen: „Soziale Infrastruktur“ für die äußere**  
447 **Stadt**

448 Lebenswerte Stadtteile sind mehr als "nur" Wohnort. Attraktive Stadtteile leben von ihrer  
449 Vielfalt und den zahlreichen Möglichkeiten der sozialen Verflechtung und Anbindung vor  
450 Ort. Im Idealfall begründen wohnortnahe Arbeitsplätze sowie ein hochwertiges Angebot  
451 an sozialer Infrastruktur und die Nähe zu den Grün- und Erholungsräumen des städtischen  
452 Umfelds eine besondere Anziehungskraft von Stadtquartieren auch jenseits des Stadtzent-  
453 rums. Die Fehler vergangener Jahrzehnte, insbesondere im Hinblick auf die Gestaltung der  
454 Berliner Großsiedlungen, bieten ausreichend Lehrstoff dafür, welche Entwicklungen es bei  
455 der Verdichtung und Erweiterung der Stadt in Zukunft auf jeden Fall zu vermeiden gilt. Die  
456 Schaffung neuer Schlaf- und Trabantenstädte am Stadtrand darf weder Ziel noch Ergebnis  
457 einer stadtplanerischen Strategie des Senats sein. Ausgehend von den Spezifika des poly-  
458 zentrischen Berlin und den besonderen Ausprägungen der äußeren Stadt nennt die CDU-  
459 Fraktion daher 10 Beispiele, die Bestandteil einer die soziale Infrastruktur berücksichti-  
460 genden Stadtplanungsstrategie für die äußere Stadt sein sollen:

461 **1. Polizei und Rettungsdienste vor Ort bringen.** Im Vergleich zu den dicht besiedelten  
462 Innenstadtbezirken sind Außenbezirke oftmals auch Bezirke der langen Wege. Lan-  
463 ge Wege für die Polizei, die Feuerwehr, Rettungsdienste oder den Notarzt sind in  
464 einer Großstadt wie Berlin – in der es nicht immer einfach ist, seinen Weg durch den  
465 Verkehr zu finden – sehr hinderlich, da es bei Einsätzen der Rettungsdienste oft "auf  
466 die Sekunde" ankommt. Wir setzen uns daher dafür ein, die "Vor-Ort-Präsenz" der  
467 Rettungsdienste und der Polizei zu verstärken. Einhergehend mit der ohnehin erfor-  
468 derlichen Vergrößerung des Fuhrparks von Polizei und Feuerwehr sind verstärkt  
469 "Außenstellen" in den Randbezirken zu realisieren. Polizeibüros und neue – gegeb-  
470 enfalls auch kleinere und den Anforderungen angepasste – Feuerwachen dienen  
471 der Sicherheit aller Bürger und garantieren eine kürzest-mögliche Entfernung zum  
472 Einsatzort. Auch der Einsatz von Videoaufklärung ist in den – besonders nachts – oft

473 weniger stark belebten öffentlichen Orten in den Randbezirken punktuell auszuwei-  
474 ten.

475 **2. Schulen, Kitas, Freizeiteinrichtungen.** In den Außenbezirken mangelt es wie in der  
476 gesamten Metropole Berlin an Schulen, Kitaplätzen und Freizeiteinrichtungen für  
477 Jugendliche. Die Anzahl der Bildungs- und Freizeiteinrichtungen kann mit dem  
478 Wachstum der Bevölkerung nicht mithalten. Insbesondere die Außenbezirke mit  
479 dem größten Wachstum sind hiervon überproportional betroffen. Einer der Gründe  
480 hierfür ist der Mangel an geeigneten Freiflächen. Im Rahmen der Sparpolitik der rot-  
481 roten Regierungen in Berlin mussten die Bezirke viele Vorratsflächen abgeben.  
482 Diese sind nun für die "Nachrüstung" der Infrastruktur im Bereich Schule und Kita  
483 nicht mehr vorhanden und müssen gegebenenfalls wieder zurückgekauft werden.  
484 Dieses Dilemma bleibt auch trotz Einführung einer Konzeption in Modularbauweise  
485 ungelöst. Zumal noch abzuwarten ist, ob die Errichtung der Gebäude in modularer  
486 Bauweise tatsächlich die erhofften Auswirkungen auf die Bauzeit hat. Die Kita-Platz-  
487 Garantie und die aktuelle Rechtsprechung hierzu setzen die Bildungssenatorin  
488 Scheeres unter einen ganz besonderen Druck. Der Senat ist nunmehr gefordert, bis  
489 zum Beginn des Kita-Jahres (Herbst 2018) ein zukunftsstragendes Konzept vorzule-  
490 gen, das mindestens die nächsten fünf Jahre umfasst. Gleiches und Ähnliches gilt für  
491 den Bereich der Freizeiteinrichtungen für Jugendliche. Sind diese in einem  
492 ausreichenden Maß vorhanden, verbindet das die Jugendlichen nicht nur mit ihrem  
493 Kiez, sondern leistet auch einen wichtigen Beitrag für die Sozialisierung und  
494 gesellschaftliche Entwicklung der Heranwachsenden.

495 **3. Forschungseinrichtungen der Universitäten in die Außenbezirke.** Im Bereich der  
496 Forschungseinrichtungen sind natürlich diejenigen Außenbezirke bevorteilt, die  
497 bereits universitäre Standorte wie die Freie Universität oder Medizinische  
498 Fakultäten vorweisen können. Ebenso wie diese Standorte zu fördern müssen  
499 Anreize für die Errichtung neuer Forschungseinrichtungen geschaffen werden,  
500 damit Berlin seine Attraktivität für Wissenschaft und Forschung nicht nur behält,  
501 sondern in der Zukunft weiter ausbauen kann.

502 **4. Ärzteversorgung (insbesondere Fachärzte).** Ärztliche Leistungen haben sich in den  
503 vergangenen Jahren bis zu unserer Regierungsbeteiligung 2011 in den inneren Be-

504 zirken konzentriert. Notwendig ist jedoch eine flächendeckende Versorgung. Mit  
505 dem Letter of Intent zur ambulanten Bedarfsplanung und Versorgungssteuerung  
506 existiert eine Zielsetzung, regionale Unterschiede in der ambulanten ärztlichen  
507 Versorgung anzugleichen. Hier gilt es, durch weitere Vereinbarungen zwischen dem  
508 Land Berlin, den Bezirken, der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin und den  
509 Landesverbänden der Krankenkassen und der Ersatzkassen in Berlin Anreize zu  
510 schaffen, um Bezirke, in denen eine schlechtere Versorgung vorhanden ist, zu  
511 stärken.

512 **5. Einrichtung von MVZ.** Eine der Möglichkeiten, eine wohnortnahe ärztliche  
513 Versorgung sicherzustellen, sind Medizinische Versorgungszentren (MVZ). Hier  
514 sind verschiedene Ärzte – auch Fachärzte – in einem Haus untergebracht,  
515 bestenfalls findet eine Kooperation zwischen den einzelnen Praxen statt. Das  
516 bedeutet im Ergebnis kürzere Wege, was für weniger mobile Patienten,  
517 insbesondere also auch für den in der Zukunft immer weiter ansteigenden Anteil  
518 älterer Mitbürger, einen großen Vorteil darstellt. Aber auch für den Berufstätigen  
519 bieten sich Vorteile, wenn er seinen Hausarzt und die entsprechenden Fachärzte auf  
520 einem kurzen Weg in einem Haus verfügbar hat. Die verstärkte Ansiedlung von  
521 MVZ's in den Randbezirken führt daher zu einer entsprechenden  
522 Attraktivitätssteigerung der Gebiete, weswegen wir uns ausdrücklich dafür  
523 einsetzen, dass die entsprechenden Anreize gesetzt werden.

524 **6. Pflegestationen und Pflegeheime.** Die demografische Entwicklung führt auch dazu,  
525 dass der Bedarf an ambulanten pflegeunterstützenden Wohnformen und neuen sta-  
526 tionären, wohnortnahen Pflegeeinrichtungen auch in Zukunft immer weiter steigen  
527 wird. Derzeit gibt es in Berlin rund 300 Langzeitpflegeeinrichtungen mit rund  
528 30.000 Pflegeplätzen. Diese Anzahl gilt es kontinuierlich auszubauen und dabei  
529 auch dafür Sorge zu tragen, dass eine gleichmäßige Verteilung auf alle Berliner  
530 Bezirke sichergestellt ist. Auch hier ist der Fokus verstärkt auf die Stadtteile jenseits  
531 des S-Bahn-Rings zu legen, in denen besonders viele ältere Bürger leben. Den  
532 Betroffenen fällt es häufig leichter, innerhalb des angestammten Kiezes in ein  
533 Pflegeheim zu ziehen, anstatt "ans andere Ende der Stadt". Zudem kann so  
534 gewährleistet werden, dass die Pflegebedürftigen aufgrund kürzerer Wege den

535 Kontakt zu ihren Angehörigen nicht verlieren. Daher müssen entsprechende Anreize  
536 für die Ansiedlung von Pflegeheimen sowie die erforderliche Infrastruktur in Form  
537 von Pflegestationen auch in den Außenbezirken vorhanden sein.

538 **7. Kleingärten erhalten, Masterplan erstellen.** Berlin ist mit über 73.000 Kleingärten  
539 nicht nur die Bundeshauptstadt, sondern auch die Hauptstadt aller deutschen  
540 Kleingärtner. Für unsere prosperierende und wachsende Stadt ist es von großer  
541 Bedeutung, dass ausreichend Grün- und Erholungsflächen zur Verfügung stehen.  
542 Hierfür spielen die Kleingärten mit ihren wichtigen sozialen und ökologischen  
543 Funktionen eine herausragende Rolle. Damit diese Funktion in der Zukunft auch  
544 erhalten bleiben kann, ist es erforderlich, dass die Kleingärtnerinnen und  
545 Kleingärtner hinsichtlich des Bestandes ihrer Kleingärten auch die notwendige  
546 Rechtssicherheit haben. Kleingärten dürfen nur in Ausnahmefällen der Infrastruktur  
547 zum Opfer fallen, und nur nach einer sorgfältigen Abwägung aller relevanten  
548 Fragestellungen und Abwägung aller Interessenlagen. Der  
549 Kleingartenentwicklungsplan von 2010, der unter Regierungsbeteiligung der CDU  
550 2014 fortgeschrieben wurde, muss zwingend auch in der Zukunft verlängert und  
551 erweitert werden, damit möglichst viele Kleingärtner wissen, woran sie sind. Wir  
552 fordern daher die umgehende Erstellung einer Kleingartenentwicklungsplanung als  
553 „Masterplan Kleingärten“. Hier muss deutlich werden, welche Kleingärten  
554 langfristig gesichert werden können und wo, aufgrund von ggf. unvermeidlicher  
555 Aufgabe von Kleingartenparzellen, neue Flächen dafür entstehen können.

556 **8. Bewegungsaktivierende Infrastruktur.** Bei der Errichtung von neuen Quartieren ist  
557 ein angemessener Anteil von Grünflächen zu planen und umzusetzen, ebenso wie  
558 ausreichend Spiel- und Bewegungsflächen für Kinder und Jugendliche. Auch das  
559 Thema Sporthallen und Sportfreiflächen spielt bei der positiven Entwicklung von  
560 Quartieren heute eine entscheidende Rolle. Die Grundlage allen Sportgeschehens  
561 und damit auch der vielfältigen Erfolge im Breiten- wie im Spitzensport bilden die  
562 ca. 2.400 Berliner Sportvereine mit ihren rund 650.000 Mitgliedern. Ihre Vertreter  
563 sind frühzeitig in die Erarbeitung von Entwicklungsplänen für jede Form der  
564 Stadterweiterung einzubeziehen, um Flächenbedarfe frühzeitig zu identifizieren und  
565 notwendige Investitionen in der Finanzplanung der Bezirke und des Landes

566 zuverlässig zu berücksichtigen. Auch die Förderung bezirklicher  
567 Sportveranstaltungen und das Vereinsinvestitionsprogramm wollen wir ausbauen,  
568 um die Verwurzelung der Sportvereine in ihrem lokalen Umfeld zu stärken. Bei einer  
569 flächendeckend gerechten Verteilung auf alle Bezirke sind Spielplätze für alle  
570 Altersstufen zu schaffen und neue Sportflächen, Spazierwege, Trimm-Dich-Pfade  
571 und Laufwege auszuweisen. Frei zugängliche Outdoor-Fitness-Geräte erlauben  
572 jedermann, sich individuell zielgerichtet zu betätigen.

573 **9. Grüne Vorreiterrolle stärken.** Berlin ist eine der grünsten Hauptstädte Europas.  
574 Sowohl die Berlinerinnen und Berliner, als auch die Touristen, die zu uns kommen,  
575 schätzen die weitläufige Metropole mit ihren Parks und Grünflächen. Für die  
576 Berlinerinnen und Berlin ist die historische Entwicklung der Stadt eng mit ihren  
577 Kleingärten verbunden. Dies gilt umso mehr, je weiter man das Stadtzentrum Rich-  
578 tung Randbezirke verlässt. Eine Verbundenheit, die nicht erst in die Jahre der  
579 geteilten Stadt zurückreicht, sondern lange davor ihren Ursprung hat. Wie in der  
580 Vergangenheit mit den Britzer Gärten und den Gärten der Welt sollte Berlin  
581 Vorreiter in der Entwicklung von Parkanlagen bleiben und regelmäßig auch über  
582 größere Neuanlagen mit der Option einer Bewerbung für eine BUGA / IGA  
583 nachdenken, um auch in der Gartenbauarchitektur „up to date“ zu bleiben.

584 **10. Kunst und Kultur in den Bezirken fördern.** Kunst und Kultur sind die Voraussetzung  
585 für ein attraktives Wohn- und Lebensumfeld und Teil der Identität unserer Bezirke.  
586 Der dezentralen Kulturarbeit kommt ein hoher Stellenwert dabei zu, die lokalen  
587 Zentren Berlins auch außerhalb der Mitte zu stärken. Bis heute gibt es keinen  
588 Stadtentwicklungsplan Kultur, in dem sich grundsätzliche planerische Überlegungen  
589 zur Entwicklung der Kulturlandschaft hätten niederschlagen können. Entscheidend  
590 ist, die bezirklichen Kulturangebote institutionell stärker zu fördern und den Bedarf  
591 an neuen Kultureinrichtungen in wachsenden Stadtteilen von der ersten Planung an  
592 mitzudenken. Wir wollen gemeinsam mit den Bezirken den Bedarf der  
593 Kulturentwicklung für die kommenden zehn Jahre ermitteln und sie finanziell vor  
594 allem in die Lage versetzen, ihre kulturellen Einrichtungen sowie die Kulturarbeit  
595 lokaler Akteure dauerhaft institutionell zu sichern. Bei der Planung neuer Stadtteile  
596 muss nicht nur der Flächenbedarf für kulturelle Angebote festgeschrieben werden,

597 es müssen insbesondere verbindliche und dauerhafte Finanzierungszusagen zur  
598 Förderung dezentraler Kultureinrichtungen für die Bezirke gegeben werden.

599

## 600 **C Die Weichen richtig stellen: Mobilität am Stadtrand**

### 601 **a. Status Quo**

602 Besonders die Berliner Bezirke jenseits des S-Bahn-Rings stehen angesichts der rasant  
603 wachsenden Stadt in Mobilitäts- und Verkehrsfragen vor großen Herausforderungen.  
604 Denn immer mehr Menschen ziehen an den Stadtrand und ins Berliner Umland – arbeiten  
605 jedoch oftmals weiterhin in der Berliner Innenstadt. So hat sich im Berliner Speckgürtel in  
606 vielen Gemeinden, wie z.B. in Falkensee und in Teltow-Stahnsdorf, die Einwohnerzahl in  
607 den letzten Jahren verdoppelt, teilweise sogar verdreifacht. Laut einer aktuellen IBB-  
608 Studie wuchs die Einwohnerzahl in 50 Umlandgemeinden Berlins von 2012 bis 2016 insge-  
609 samt um 5,6 Prozent – und damit fast genauso stark wie in Berlin selbst (5,9 Prozent).

610 Und ein Ende ist nicht abzusehen: Die desaströse Wohnungspolitik der rot-rot-  
611 grünen Regierungskoalition wird immer mehr Berliner zu einem Um- und Rauszug bewe-  
612 gen, wenn bezahlbare Wohnungen in Berlin – auch für den Normalverdiener – immer  
613 knapper werden. Die Zahl der Berufspendler, die tagtäglich schon jetzt die Ausfallstraßen  
614 der Stadt belasten, wird somit in den nächsten Jahren weiter zunehmen.

615 Die Hauptleidtragenden dieser Entwicklung sind die Bewohner in den Berliner Randbezir-  
616 ken, zum einen durch das stark erhöhte Verkehrsaufkommen vor der Haustür, zum ande-  
617 ren infolge der massiven Stausituation in Richtung Innenstadt. Auch die Innenstadt droht  
618 mangels genügend Parkraum für die Pendlermassen aus allen Nähten zu platzen. Doch  
619 statt das Problem an der Wurzel zu packen, legt der rot-rot-grüne Senat lediglich halb-  
620 gaire Wunschkonzepte vor, die sichtbar nur auf die eigene, fahrradfahrende Klientel innerhalb  
621 des S-Bahn-Rings abzielen.

622 Die CDU-Fraktion hat die Dringlichkeit des Problems erkannt. Auf Grundlage unseres be-  
623 reits im Jahr 2017 erarbeiteten Mobilitätskonzepts „Damit es vorangeht: Fair. Mobil. Mit-  
624 einander“ fordern wir die sofortige Umsetzung eines konkreten Maßnahmenbündels:

625 Indem wir mehr Anreize zum Umstieg auf den ÖPNV und andere zukunftsfähige Verkehrs-  
626 träger schaffen, wollen wir die Randbezirke vom zunehmenden Pendlerverkehr befreien.  
627 Die Innenstadt möchten wir vom quälenden Durchgangsverkehr entlasten, ohne dabei den  
628 Menschen ihr Auto zu verbieten. Dazu wollen wir wichtige Ausfall- und Umgehungsstra-

629 ßen an den Randbezirken ausbauen, zusammenführen und effizienter gestalten. Indem wir  
630 neue Wohnquartiere am Stadtrand adäquat und attraktiv an das Verkehrsnetz anbinden,  
631 ermöglichen wir den Menschen dort eine hohe Lebensqualität und schaffen wirtschaftliche  
632 Potentiale.

633 Für die CDU-Fraktion Berlin ist klar: Nur wenn in den Randbezirken heute die nötigen Wei-  
634 chen gestellt werden, kann auch in Zukunft für ganz Berlin ein hohes Maß an individueller  
635 Mobilität ohne ideologische Bevormundung gewährleistet werden, von der alle Verkehrs-  
636 teilnehmer gleichermaßen profitieren.

### 637 ***b. Von Anreizen und Anreisen: Pendler zum Umstieg bewegen***

638 Vor allem die Zahl der Berufspendler, die tagtäglich die Ausfallstraßen der Stadt belasten,  
639 hat in den letzten Jahren enorm zugenommen. Allein im vergangenen Jahr stieg die Zahl  
640 der Pendler in Berlin und Brandenburg um drei Prozent auf fast 300.000 am Tag (210.000  
641 Brandenburger Einpendler (+3,4%) und + 2,6% Berliner, die jeden Tag nach Brandenburg  
642 fahren (87.000). Insgesamt hat sich die Zahl der Berufspendler in den letzten 20 Jahren um  
643 fast 70 Prozent erhöht.

644 Hauptverkehrsmittel dabei ist auch weiterhin das Auto. In den Berliner Randbezirken liegt  
645 der Anteil des Autoverkehrs aktuell mit 35,4 Prozent doppelt so hoch wie in der Innen-  
646 stadt. Gerade die Verbindungen von und in die Außenbezirke der Stadt sind chronisch  
647 staugefährdet. Die CDU-Fraktion schlägt Lösungen statt Umerzählung vor.

648 ***Park & Ride am Stadtrand.*** Die Idee ist so simpel wie effizient: Um für Pendler am  
649 Stadtrand den Umstieg auf den ÖPNV attraktiver zu machen, müssen neue Anreize  
650 geschaffen und die Anreise in die Innenstadt erleichtert werden. Vor allem der Ausbau  
651 des Park & Ride-Systems am Stadtrand muss hierzu vorangetrieben werden. Ziel muss  
652 es sein, den KfZ-Berufsverkehr schon vor den Toren der Innenstadt an den S-Bahn-  
653 Stationen abzufangen und so die Stadtränder von den als „Autolawinen“ empfundenen  
654 Pendler-Parkern zu entlasten. Hierzu müssen sowohl das bestehende System ausge-  
655 baut, als auch neue P&R-Parkplätze geschaffen werden. Dies ist nur in enger Zusam-  
656 menarbeit mit dem Land Brandenburg möglich.



657 **Staatsvertrag „Pendlerverkehr“.** Wir fordern daher die Auflegung eines Staatsvertrags  
658 „Pendlerverkehr“ zwischen den Bundesländern Berlin und Brandenburg, der die  
659 Grundlage bildet für die Erstellung eines integrierten Konzepts für die Nutzung von  
660 Park & Ride in beiden Bundesländern. Ebenfalls in einem Staatsvertrag Berlin-  
661 Brandenburg neu zu regeln ist die Aufteilung der Tarifsysteme der VBB. Denn hier  
662 liegt eine der wesentlichen Ursachen dafür begründet, dass die Außenbezirke Berlins  
663 von Pendlern sowohl durch fließenden, als auch durch ruhenden Verkehr so stark be-  
664 lastet sind.

665 **Tarifzone B ausweiten.** Derzeit ist es für viele Pendler deutlich attraktiver, erst im Be-  
666 reich Berlins in den ÖPNV umzusteigen. Denn die Tarife der C-Zone sind vielen Pend-  
667 lern bisher schlicht zu teuer, sie nutzen den Berliner ÖPNV wegen der niedrigeren Ta-  
668 rife der B-Zone (ca. 200€ Unterschied) erst vom Berliner Kern-Stadtgebiet aus. Dies  
669 führt dazu, dass gerade der unmittelbare Bereich von durch Pendler stark frequentier-  
670 ten Bahnhöfen verkehrlich stark belastet ist, die wenigen P&R-Parkplätze am Stadt-  
671 rand überfüllt sind und Dauerparker mit Brandenburger Kennzeichen die vorhandenen  
672 Parkplätze der Geschäftszentren in den Außenbezirken blockieren.

673 Wir fordern deshalb, das Tarifsystem auf potentielle Brandenburger "Pendlerbahnhö-  
674 fe" auszuweiten, die in unmittelbarer Nähe der Stadt und momentan noch in der Ta-  
675 rifzone C liegen. Eine Ausweitung der Tarifzone B mindestens bis zur jeweils ersten,  
676 hinter der Stadtgrenze gelegenen S-Bahn-Station der grenzüberschreitenden S-Bahn-  
677 Linien würde vielen Auto-Pendlern neue Anreize zum Umstieg auf den ÖPNV schon  
678 vor der Stadtgrenze bieten.

679 **Kostenloser Stellplatz für Pendler.** Um weitere Anreize für Pendler zu schaffen, soll In-  
680 habern von AB-Jahreskarten zudem an den Grenz-S-Bahn-Stationen der ausgeweiteten  
681 Tarifzone B auf Brandenburger Seite ein kostenloser Auto-und/oder Fahrradstellplatz  
682 garantiert werden, mitfinanziert vom Land Berlin. Hierzu wäre an vielen Stellen auch  
683 ein intelligenter Grundstückstausch zwischen den Ländern vorstellbar. Diese und wei-  
684 tere Anreiz-Maßnahmen sind ebenfalls in einem neuen Staatsvertrag zwischen den  
685 beiden Bundesländern festzulegen. Gleichzeitig wird durch diese Maßnahme ein VBB-  
686 Jahresticket für Nutzer deutlich attraktiver.

687 **Car-Sharing in den Randbezirken etablieren.** Um Pendlern weitere Anreize zum Um-  
688 stieg vom eigenen Auto zu bieten, wollen wir in den Randbezirken auch das Car-  
689 Sharing-Angebot ausbauen. Denn bisher findet dieses nur in der Innenstadt statt.  
690 Doch gerade im Pendler- und Zubringerverkehr können derartige Angebote zur Ent-  
691 zerrung der Verkehrssituation in den Randbezirken beitragen. Zudem ist das Vorhan-  
692 densein von Car-Sharing-Angeboten mittlerweile ein wichtiger Standort- und Ansied-  
693 lungsfaktor für Unternehmen in unserer Stadt. Gemeinsam mit den wichtigsten Car-  
694 Sharing-Anbietern in Berlin wollen wir deshalb ein Konzept entwickeln, um die Ge-  
695 schäftsgebiete möglichst flächendeckend auszuweiten. Um für mehr Menschen die  
696 Zugangsbarriere zum Car-Sharing zu verringern und den Trend zu einem Verkehrsträ-  
697 germix zu unterstützen, fordern wir die Vereinheitlichung von allen Ticketsystemen,  
698 das neue Berliner Mobilitätsticket.

699 **Aus VBB-Ticket wird ein Mobilitätsticket.** Bisher ist es für viele Berufspendler alleine  
700 schon aufgrund der Vielzahl an Ticketsystemen im Berliner Nahverkehr viel zu um-  
701 ständlich, am Stadtrand vom Auto auf den ÖPNV umzusteigen. Ein einheitliches Mobi-  
702 litätsticket, das mehrere Verkehrsträger auch über den öffentlichen Nahverkehr hin-  
703 aus miteinander kombiniert und damit modular einsetzbar macht, würde diese Hemm-  
704 schwelle zum Umstieg deutlich abbauen. So könnten die unterschiedlichen Kartensys-  
705 teme von Car-Sharing-Anbietern, den Bike-Sharing-Anbietern sowie die Monats- bzw.  
706 Jahreskarte von BVG und S-Bahn zukünftig in eine einheitliche Berliner Mobilitätskar-  
707 te überführt werden und echte Anreize für Berufspendler zum Umstieg vom Auto-  
708 Individualverkehr bieten. Sowohl in der Innen – als auch in der Außenstadt.

709 **Ride-Sharing: Ruf-Busse auch in den Randbezirken.** Ruf-Busse (sog. „Ride-Sharing“)   
710 können ein adäquates Mittel darstellen, um den Bewohnern am Stadtrand und im Um-  
711 land gerade auf den „letzten Metern“ zwischen Randbahnhöfen und Wohngebieten ei-  
712 ne zuverlässige und vor allem sichere Alternative der Beförderung zu bieten. Fahrgäs-  
713 te, die ähnliche Ziele ansteuern, werden gemeinsam in einem Auto, Sammeltaxi oder  
714 Kleinbus befördert. Die Wagen verkehren nach Bedarf und ohne festen Fahrplan. Wer  
715 mitfahren will, bucht sich über eine App spontan per Smartphone einen Platz. Ein  
716 Computer koordiniert die Fahrtwünsche und stellt die Routen zusammen. Ziel ist es,  
717 dass sich möglichst viele Fahrgäste die Autos teilen – das senkt die Kosten. Aktuell

718 plant die BVG mit dem Projekt „Berlkönig“ einen Testlauf in der Hauptstadt. Noch vor  
719 dem Start droht aber das Scheitern: Denn bisher plant die BVG den Test ausschließlich  
720 in einigen innerstädtischen Gebieten. Genutzt werden sollen solche Modelle aber zu-  
721 künftig vor allem an den Rändern der Stadt, auch weil Dienste wie UBER dort aktuell  
722 nicht operieren. Für die CDU-Fraktion ist das Ride-Sharing entscheidender Bestandteil  
723 einer modernen Ausgestaltung flexibler Mobilitätsmodelle am Stadtrand und ist daher  
724 unverzüglich in Berlin einzuführen. Wir fordern die BVG auf, mindestens ein Stadt-  
725 randgebiet als Testfeld für den „Berlkönig“ vorzusehen. Damit aus dem „Berlkönig“  
726 kein verwünschter Prinz wird.

727 **MobiHub. Am Stadtrand entstehen Mobilitätsknotenpunkte.** Mobihub – klingt innova-  
728 tiv – und ist es auch. In dem Mobihub-Konzept werden die beschriebenen Mobilitäts-  
729 vernetzungen zusammengeführt und durch Mehrwertleistungen ergänzt. Die CDU-  
730 Fraktion fordert die BVG auf, in allen Stadtrandbezirken Mobilitätshubs einzurichten –  
731 zum Start mindestens zwei Dutzend Hubs, die alle Verkehrsträger, Parkraum, ÖPNV,  
732 Ladestationen und Mehrwertleistungen wie Paketstationen intelligent miteinander  
733 verbinden.

734 Um für genügend Parkraum am Stadtrand zu sorgen, möchte die CDU-Fraktion vor al-  
735 lem in den dortigen Verflechtungsräumen den Neubau – auch privat betriebener –  
736 modularer Parkhäuser forcieren, sowohl für das Auto als auch für das Fahrrad.

737 Auch hier geht es um Anreizschaffung: In solchen intermodalen Mobility Hubs kann  
738 der Verkehrsteilnehmer von morgen einfach und mit nur einem Ticket (siehe: Mobili-  
739 tätsticket) das Fortbewegungsmittel wechseln.

740 Bestehende Knotenpunkte am Stadtrand wie z.B. (Regional-)Bahnhöfe, Einkaufszen-  
741 tren oder größere Umsteigestationen eignen sich ideal zur Umsetzung solcher inter-  
742 modalen Mobility Hubs. Busbahnhöfe, Straßenbahnhaltestellen, Taxistellplätze, Kurz-  
743 zeitparkplätze für PKW, Fahrradstellplätze, Ladestationen für Elektrofahrzeuge sowie  
744 die Gleisanlagen der Straßenbahnen oder Reinigungsstationen für Autos – alles ist  
745 endlich auch am Stadtrand in kurzen Wegen barrierefrei erreichbar.

746 Aber auch für den täglichen Lieferverkehr und den täglichen Einkaufsverkehr in den  
747 Randbezirken bieten sich enorme logistische Anreizpotentiale. Denn der Mobility Hub

748 sorgt für die räumliche Vernetzung verschiedener Mobilitätslösungen- und dienstleis-  
749 tungen an einem Knotenpunkt: ÖPNV, Park & Ride, Car-Sharing, Bike-Sharing, intuiti-  
750 ve Buchungssysteme, Sammeltaxis, Ride-Sharing, aber auch neue Raumnutzungskon-  
751 zepte (z.B. Co-Working Spaces) und flexible Paketübergabestellen – alles findet an ei-  
752 nem Ort statt.

753 Indem alle genannten Verkehrsträger zu einem bedarfsgerechten Mobilitätskonzept  
754 integriert werden und mit den Möglichkeiten der Digitalisierung modern vernetzt  
755 werden, würden die Randbezirke somit enorm als Wirtschaftsstandorte aufgewertet.

### 756 **c. Stadt. Rand. (Verkehrs-)Fluss. Mit dem ÖPNV schnell unterwegs am** 757 **Stadtrand**

758 Ein modernes Mobilitätskonzept, das die Randbezirke der wachsenden Stadt im Blick be-  
759 halten möchte, setzt grundlegende Anpassungen des ÖPNV-Netzes voraus. Dem Bewoh-  
760 ner am Stadtrand Berlins, der vom PKW oder Fahrrad in den ÖPNV umsteigen will (oder  
761 dazu motiviert werden soll), muss auch eine entsprechend optimierte Linien- Infrastruktur  
762 angeboten werden. Um die Berliner Randbezirke an die Anforderungen der wachsenden  
763 Stadt anzupassen, ist hierbei vor allem die optimale Anbindung auf den letzten Metern am  
764 Stadtrand und im Umland voranzutreiben. Folgende Maßnahmen müssen dabei oberste  
765 Priorität genießen:

766 **Verdichtung der Zeittakte bei der S-Bahn: Zielnetz 10 Minuten am Stadtrand.** Gerade  
767 für Pendler aus den Randbezirken und dem Umland, die oft lange Anfahrtswege zum  
768 Arbeitsplatz in der Innenstadt zu bewältigen haben, kann ein Umstieg vom Auto auf  
769 die S-Bahn nur durch eine dichtere und somit flexiblere Zeittaktung attraktiv gemacht  
770 werden. So ist beispielsweise der Streckenausbau von Eingleisigkeit auf zwei nutzbare  
771 Gleise anzustreben, um Flaschenhalseffekte zu vermeiden. Statt der bisherigen 20-  
772 minütigen Taktung, die in vielen Randbezirken traurige Realität ist, muss es das Ziel  
773 sein, auch am Stadtrand eine 10-Minuten-Taktung zu erreichen.

774 **Verdichtung der Zeittakte auf der Stadtbahn.** Zusätzliche Zuggruppen auf der Stadt-  
775 bahn bieten ebenfalls eine Chance, Verkehre zu entzerren. Eine Zuggruppe mehr kann  
776 in den Hauptstoßzeiten bereits entlastende Wirkung entfalten. Diese zusätzlich einge-

777 setzten Fahrten sind – soweit technisch möglich – so auszudehnen, dass die Außenbe-  
778 zirke besser an die Innenstadt angebunden werden.

779 **S-Bahn: Anzahl der Züge erhöhen.** Ein reibungslos funktionierender S-Bahn-Fahrplan  
780 steht und fällt vor allem mit dem Vorhandensein von genügend Triebwagen und Zü-  
781 gen. Ausfälle und der Mangel an Ersatz machen sich sofort spürbar bemerkbar. Gerade  
782 in den Randbezirken Berlins kam es während der S-Bahn-Krise zu erheblichen Engpäs-  
783 sen. Parallel zur Verkürzung der Taktzeiten ist die Erhöhung der Zugzahlen ein absolut  
784 notwendiges Mittel, um ausreichende Kapazitäten im Nahverkehr zur Verfügung zu  
785 stellen und die Stadtränder Berlins verkehrlich optimal anzubinden.

786 Die S-Bahn muss dazu zwingend einen passenden Fahrzeugpark zur Verfügung haben.  
787 Dies ist durch entsprechende Anforderungen in den Ausschreibungen unbedingt si-  
788 cherzustellen. Dabei ist nicht eng zu planen, sondern entsprechende Reserven beim  
789 Fahrzeugpark sind vorzuhalten. Die Berliner CDU-Fraktion hält daran fest, dass eine  
790 Ausschreibung der Teilnetze der Berliner S-Bahn zügig und diskriminierungsfrei erfol-  
791 gen muss. Es bedarf einer deutlich höheren Anzahl Züge als beim jetzigen Bestand.  
792 Der in der ersten Ausschreibung geplanten Bestandserhöhung um 10- 12 % muss in  
793 einer zweiten und dritten Ausschreibung eine Erhöhung auf bis zu 30% folgen – wegen  
794 möglicher Taktverdichtungen, steigender Passagieraufkommen und geplanter Stre-  
795 ckenverlängerungen. Ausschreibungen haben hierbei prioritär und in einem beschleu-  
796 nigten Verfahren zu erfolgen. Hier ist die rot-rot-grüne Regierung aufgefordert, zügig  
797 zu handeln, statt durch endlose Markterkundungen ihren inner-koalitionären Streit zu  
798 verdecken und die dringend benötigten Aufstockungen zu verzögern.

799 **Werbekampagne Jahreskarte:** Um mehr Inhaber von Jahreskarten zu generieren, sind  
800 S-Bahn, BVG, VBB und DB aufgefordert, eine gemeinsame, großangelegte Werbekam-  
801 pagne in Berlin zu starten. Das Land Berlin soll sich an dieser Kampagne beteiligen.  
802 Auch die Subventionierung von P&R-Parkplätzen ist Bestandteil der Werbemaßnahme  
803 für den Umstieg und für Jahreskarten. Gerade in den Randbezirken und im Umland be-  
804 steht weiterhin ein großes Kundenpotential, das mit informativ aufbereiteten Werbe-  
805 kampagnen für den Kauf eines Jahrestickets (bzw. später: eines Mobilitätstickets) an-  
806 sprechbar ist. Im Zuge des Aktionstages des Landes Berlin „Berlin sagt danke“ ist eine

807 kostenfreie Nutzung des ÖPNVs für Berlinerinnen und Berliner als Werbemaßnahme  
808 zu prüfen.

809 **Automatisiertes Umsteigen.** Gerade in den Randbezirken, wo die ÖPNV-Taktung nicht  
810 so dicht ist wie in der Innenstadt, ist Umsteigen oft mit großen Ärgernissen für Pend-  
811 ler und Anwohner verbunden und verringert die Anreize, in Zukunft noch den ÖPNV  
812 zu nutzen. Oft genug steigt man auf einem Umsteigebahnhof aus, um festzustellen,  
813 dass einem der Zug oder Bus, in den man umsteigen wollte, direkt vor der Nase weg-  
814 gefahren ist. Intelligente, elektronisch gesteuerte Leitsysteme, die den gesamten Ver-  
815 kehr überwachen und steuern, können hier Wartezeiten optimieren und dafür sorgen,  
816 dass man einen besseren Anschluss bekommt.

817 **Mit mehr Buslinien an die Stadtränder.** Um ein optimales, nachfrageorientiertes  
818 ÖPNV-Netz anbieten zu können, das flexibel auf die Bedürfnisse der Verkehrsteilneh-  
819 mer reagieren kann, ist zudem eine Ausweitung der Buslinien oder zur Netzergänzung  
820 auch der Straßenbahn an den Stadträndern zu forcieren. Dies betrifft auch eine Har-  
821 monisierung des Linienverkehrs und die Umsteigebeziehungen mit dem Land Bran-  
822 denburg. Die BVG ist aufgefordert, aufgrund der Erweiterung von Linien und Takten  
823 den Bedarf an zusätzlichen Fahrzeugen (sowie Personal) zu ermitteln. Vom Senat er-  
824 warten wir angesichts der enormen Jahresüberschüsse der Vergangenheit, den Bedarf  
825 der BVG zu finanzieren.

826 **ÖPNV: Sicher am Stadtrand unterwegs.** Die CDU-Fraktion setzt sich generell für mehr  
827 Sicherheitspersonal im Öffentlichen Personennahverkehr in Berlin ein. Besonders auf  
828 den (Regional-)Bahnhöfen in den Randbezirken Berlins sind die Meldewege im Falle  
829 eines Überfalls, eines tätlichen Angriffs o.ä. höher. Weil nachts kein regelmäßiger  
830 „Publikumsverkehr“ für belebte Bahnhöfe sorgt und das Unsicherheitsgefühl für Fahr-  
831 gäste somit automatisch höher ist, kann die Präsenz durch Mitarbeiter der BVG und  
832 der Ausbau der Doppelstreifen mit der Polizei ein wirksames Mittel sein, um das Si-  
833 cherheitsgefühl der Fahrgäste zu erhöhen und somit ein weiterer Baustein für „le-  
834 benswerte Stadtränder“ sein. Ziel muss sein, langfristig an jeder Station festes Perso-  
835 nal bereitstellen können, um die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten und als An-  
836 sprechpartner zu bieten.

837 **d. In großen Linien denken: Schienenverkehr endet nicht am Stadtrand**

838 Um die wachsenden Stadtränder und das Berliner Umland optimal an das bestehende  
839 ÖPNV-Netz anzubinden, muss der Linienausbau auf allen Ebenen vorangetrieben werden.  
840 Gerade auch um die Pendlerströme aus den Randbezirken zu kanalisieren und im Wissen,  
841 dass Mobilität nicht mehr an der Stadtgrenze endet, braucht es vermehrte Anstrengungen  
842 für ein gemeinschaftliches Schienenverkehrskonzept zwischen Berlin und Brandenburg.

843 **Berlin, Brandenburg und Potsdam verbinden.** Nur knapp die Hälfte aller in  
844 Brandenburg im Regionalverkehr bedienten Bahnhöfe besitzt derzeit eine  
845 umsteigefreie Direktverbindung nach Berlin. Für eine optimale infrastrukturelle  
846 Anbindung der Berliner Randbezirke und des Berliner Umlandes ist das viel zu wenig.  
847 In einem gemeinsamen Konzept fordern die Brandenburger und die Berliner CDU-  
848 Fraktionen 233 Direktverbindungen nach Berlin (+42%) und 84 nach Potsdam (+70%).  
849 Kommunen mit insgesamt 1,755 Millionen Einwohnern haben dann über einen dieser  
850 Bahnhöfe eine Direktverbindung ohne Umsteigen nach Berlin. Je besser die beiden  
851 Bundesländer Berlin und Brandenburg verkehrlich vernetzt sind, desto lebenswerter  
852 sind auch unsere Stadtränder und das Berliner Umland.

853 **StadtRapid: Die Express-S-Bahn:** Eine weitere Möglichkeit, positiv auf Pendlerströme  
854 einzuwirken und das Umland besser mit der Innenstadt zu verbinden, ist eine Express-  
855 S-Bahn, die sinnvollerweise bereits an Pendlerknotenpunkten im Land Brandenburg  
856 einsetzt und mit wenigen Haltestellen – quasi als Lückenschluss zu den zeitlich weit  
857 auseinanderliegenden Regionalzügen – die Innenstadt anfährt. Denkbar sind auch  
858 berlininterne Lösungen einer Express-S-Bahn, die beispielsweise mit wenigen  
859 Haltestellen in Nord-Süd- bzw. West-Ost-Richtung verkehren könnte. Hierzu sind  
860 entsprechende Gespräche mit dem Betreiber erforderlich bzw. bei  
861 Neuausschreibungen der S-Bahn-Verträge entsprechende Forderungen aufzunehmen.  
862 Im Vorfeld ist allerdings eine genaue Analyse der Möglichkeiten aufgrund  
863 Streckenkapazitäten und gegebenenfalls zusätzlich notwendiger Fahrzeuge  
864 erforderlich.

865 **Ausbau der Regionalbahnstrecken und Fernstrecken.** Bei Regionalstrecken und Fern-  
866 bahnen bieten sich verschiedene Möglichkeiten der Erweiterung an, die in Betracht

867 gezogen werden sollten. Der Bau der Stammbahn (bzw. deren Wiederherstellung) ent-  
868 lastet die bisher vorhandenen Schienenwege zwischen Berlin und Potsdam, die extrem  
869 ausgelastet sind. Hierzu sollen neue Bahnhöfe am Kamenzer Damm (S-Bahn) und an  
870 der Buckower Chaussee (Regionalbahn) geschaffen werden. Andere erforderliche Pro-  
871 jekte sind der Wiederaufbau der Heidekrautbahn sowie der Ausbau der Fernverbin-  
872 dungen nach Stettin, Breslau und Warschau mit einer verkürzten Taktzeit sowie die Er-  
873 tüchtigung der Bahnhöfe Zoologischer Garten und Ostkreuz für den Fern- und Regio-  
874 nalverkehr.

875 **RegioExpress und MetropolExpress.** Der RegioExpress soll eine Expresslinie mit dem  
876 Ziel Berlin werden und dabei nur an wenigen Bahnhöfen halten. Der Metropol-Express  
877 (MX) soll mindestens alle 60 Minuten, überwiegender jedoch alle 30 Minuten fahren.  
878 Dabei soll der Metropol-Express auf allen Regionalbahnhöfen in Brandenburg und au-  
879 ßerhalb des Berliner S-Bahn-Bereiches halten und mindestens einmal an einem Bahn-  
880 hof des S-Bahn-Rings (bzw. mit Anbindung an den Flughafen Berlin Brandenburg "Wil-  
881 ly Brandt" oder nach Potsdam). Der MX solle eine hohe Beförderungskapazität haben  
882 und dem Vorortverkehr nach Berlin und Potsdam dienen.

883 **Mit der U-Bahn nach außen.** Eine zukunftsorientierte Verkehrsplanung, die den An-  
884 sprüchen der wachsenden Stadtränder gewachsen sein will, muss auch einen Ausbau  
885 des U-Bahn-Netzes mit einbeziehen. In anderen europäischen Metropolen, beispiels-  
886 weise in Paris, werden erst Metro-Verlängerungen realisiert und darauf folgend die  
887 Wohneinheiten fertiggestellt. Der U-Bahn-Anschluss ist für die Administration ein we-  
888 sentlicher Schlüssel für Wirtschaftskraft und Lebensgefühl – nämlich den Anschluss an  
889 die Innenstadt. Und in Berlin? Schon jetzt wird etwa die Hälfte des Verkehrs der BVG  
890 über die U-Bahn abgewickelt. Wir fordern den Senat auf, seine ideologische Blockade-  
891 haltung gegen U-Bahn-Erweiterungen, die nicht durch Fakten unterlegt ist, aufzuge-  
892 ben und den platzsparenden U-Bahn-Ausbau in Berlin zu ermöglichen.

893 Ziel dieser zukunftsorientierten Verkehrsplanung im Bereich des ÖPNV ist es, die Au-  
894 ßenbezirke der Stadt und ausgewiesene Wohngebiete, wie beispielsweise das Märki-  
895 sche Viertel, an die U-Bahn anzubinden. In Betracht kommen daher Erweiterungen der  
896 U-Bahn in folgenden Bereichen:



897 Verlängerung U 8: von Wittenau in das Märkische Viertel, Verlängerung U 1: von der  
898 Warschauer Straße zum Ostkreuz, Prüfung U 5: vom Hauptbahnhof zur Turmstraße,  
899 Verlängerung U 7: vom Bhf. Rudow zum Flughafen BER / Heerstraße Nord, Lücken-  
900 schluss der U 3 von Krumme Lanke zum Mexikoplatz, Verlängerung der U 2 nach Pan-  
901 kow und Falkenhagener Feld, Verlängerung der U 9 nach Lankwitz/Marienfelde.

902 **S-Bahn-Trassen (re)aktivieren.** Schnelle und leistungsfähige Schienenverbindungen  
903 zwischen (Innen-)Stadt und Stadtrand bleiben wichtige Voraussetzungen für die Ent-  
904 lastung des Berliner Stadtgebietes von Pendlerverkehr auf den Straßen. Angesichts  
905 der wachsenden Pendlerströme ist eine Prüfung des Ausbaus bzw. Wiederaufbaus für  
906 folgende Strecken sinnvoll und angezeigt. Dies betrifft im Kontext der optimalen An-  
907 bindung des Berliner Umlandes vor allem Verbindungen, die jeweils über die Landes-  
908 grenze Berlins nach Brandenburg führen. Hier sind innovative Konzepte wie die Ex-  
909 press-S-Bahn einsetzbar. Im Verkehr nach Brandenburg sind zu prüfen: Teltow –  
910 Wannsee (S25), Zehlendorf - Potsdam (Wiederaufbau der Stammbahn als S- oder  
911 Fernbahn), Gesundbrunnen – Basdorf (Wiederaufbau Stammstrecke "Heidekraut-  
912 bahn"), Gesundbrunnen – Neuruppin: S25 von Hennigsdorf nach Velten, Spandau –  
913 Nauen (S5), Änderung Streckenführung RE6: Wiederaufbau Kremmener Bahn, Süd-  
914 kreuz – Wünsdorf (Südkreuz-Rangsdorf-Wünsdorf-Waldstadt, S75 (Ausbau nach Pan-  
915 kow)

#### 916 **e. Außen im Auto: Straßen am Stadtrand fit machen**

917 Für die CDU-Fraktion Berlin ist klar: Der Motorisierte Individualverkehr (MIV) hat beson-  
918 ders in den Außenbezirken und im Berliner Umland seine Daseinsberechtigung und darf  
919 nicht aus rein ideologischen Gründen dämonisiert werden. Den Kulturkampf des rot-rot-  
920 grünen Senats gegen Autofahrer lehnen wir ab. Das hohe Gut der Individualität verteidigen wir auch in der Verkehrspolitik. Gerade die Bewohner der Randbezirke sind weiterhin  
921 auf das Auto angewiesen und schätzen es, um lange Wegstrecken komfortabel und wet-  
922 terunabhängig zurückzulegen – diese Lebensrealität muss sich in bürgernaher Politik wi-  
923 derspiegeln. Zwar ist es in einem funktionierenden Verkehrsmix auch wünschenswert, den  
924 Individualverkehr am Stadtrand in Park & Ride-Anlagen zu lenken und den Umstieg auf  
925 den ÖPNV für die Bewegung im Stadtgebiet zu fördern – aber das Auto muss auch weiter-

927 hin als integraler Bestandteil moderner Stadtplanung in weiter entfernt liegenden Stadt-  
928 rändern Berlins anerkannt werden.

929 **Die Weiterführung der A100 mit dem Ziel eines geschlossenen Autobahn-**  
930 **Innenstadtringes.** Ein geschlossener Autobahnring würde nicht nur die Innenstadt vom  
931 Durchgangsverkehr befreien, sondern würde auch die Randbezirke untereinander bes-  
932 ser vernetzen und damit lebenswerter machen. Mit dem Innovationsstandort Adlers-  
933 hof und dem Flughafen BER würden zwei wirtschaftsstarke Großprojekte am Rande  
934 Berlins besser an Berlins Mitte und Norden angebunden werden. Dies stärkt die Au-  
935 ßenbezirke als „Wirtschaftsstandort“ insgesamt.

936 Bereits Bauabschnitt 16 entlastet Neukölln und Treptow-Köpenick von starkem  
937 Durchgangsverkehr und bindet rund 3.000 Unternehmen in den Randbezirken besser  
938 an. Die Planungen für den 17. Bauabschnitt müssen daher zügig in Angriff genommen  
939 werden, damit der Weiterbau vorangetrieben werden kann. In der Folge ist der 18.  
940 Bauabschnitt beim zuständigen Bundesministerium zu beantragen, der Berliner Flä-  
941 chennutzungsplan ist in der Folge anzupassen mit dem Ziel, die Planungen und den  
942 Bau des 18. Bauabschnittes auch in die Wege zu leiten.

943 **Randbezirke und Umland besser anbinden.** Ein gemeinsamer Staatsvertrag „Pendler-  
944 verkehr“ mit dem Land Brandenburg (siehe oben) hat zum Ziel, Pendlerströme umzu-  
945 leiten oder zu kanalisieren und damit die Außenbezirke Berlins verkehrlich zu entlas-  
946 ten. Gemeinsam mit dem Land Brandenburg ist dafür Sorge zu tragen, dass Verkehrs-  
947 adern neu geschaffen bzw. die bestehenden Verbindungen zu solchen ausgebaut wer-  
948 den. Das wären beispielsweise Verbindungen von und nach Spandau (Westachse), Kö-  
949 penick (Südverbindung), Pankow (als zusätzliche Nordverbindung) und Hohenschön-  
950 hausen (als östlicher Anschluss). Weitere Kooperationen sind darauf aufbauend vor-  
951 stellbar, der U-Bahnhof Hönow ist dafür ein gutes Beispiel.

952 **Tangentiale Verbindung Ost bauen.** Für den dringend erforderlichen Lückenschluss  
953 der Tangentialverbindung Ost (TVO) zwischen Berliner Ring und A113 ist das Planfest-  
954 stellungsverfahren angelaufen. Diesen Prozess wollen wir weiter befördern und setzen  
955 uns für eine bürgerfreundliche und leistungsfähige Variante mit zwei Fahrspuren in je-  
956 de Richtung ein. Die Planung und der zügige Bau der TVO sind entscheidend für die

957 Verkehrsinfrastruktur in Berlin. Damit wollen wir Wohngebiete vom Verkehr entlasten,  
958 die Wirtschaftsentwicklung von mindestens drei Berliner Bezirken fördern und durch  
959 die Kanalisierung des Verkehrs für weniger Emissionen sorgen.

960 **Elektronische Verkehrsbeeinflussung nutzen.** Eine smarte Verkehrslenkung kann den  
961 Pendlerverkehr schon in den Stadträndern kanalisieren und damit die gesamte Stadt  
962 entlasten: Elektronische Verkehrsleitsysteme, wie sie heute bereits auf vielen Bunde-  
963 sautobahnen eingesetzt werden, sind ein Mittel, das auch im innerstädtischen Bereich  
964 zur Verbesserung des Verkehrsflusses eingesetzt werden kann. Staus könnten bei-  
965 spielsweise reduziert werden, indem zeitgenau schon an den Stadträndern umgeleitet  
966 wird. Ebenso kann im Bereich von Baustellen eingegriffen werden. Variable Ampel-  
967 schaltungen erlauben einen unmittelbaren Einfluss und Zugriff auf den Verkehrsfluss.  
968 Davon profitieren nicht nur die öffentlichen Verkehrsmittel, sondern auch der Wirt-  
969 schäftsverkehr und der Individualverkehr an den Stadträndern und im Innenstadtbe-  
970 reich. Denkbar sind auch Lösungen, die unter bestimmten Voraussetzungen an Kreuz-  
971 zungen mit Busspuren oder Tram den ÖPNV bevorzugen und damit die Nutzung die-  
972 ser Verkehrsmittel attraktiver machen.

973 **Straßensanierung aus dem Winterschlaf holen, Stadtränder fit machen.** Infrastruktur  
974 benötigt Investitionen: in Erhaltung, in Pflege, in Ausbau. Dabei gilt in Berlin leider: Je  
975 weiter man aus dem inneren S-Bahn-Ring hinaus an die Stadtränder kommt, desto  
976 schlimmer wird der Zustand der Straßen, der Radwege und der Fußwege Um das Bau-  
977 tempo gerade in den Randbezirken zu beschleunigen, soll ein Bonus-System einge-  
978 führt werden, das Boni je nach verbauten Straßenkilometern innerhalb eines vorgege-  
979 benen Zeitraumes vergibt. Ein solches Bonus-Malus-System würde bei den Baufirmen  
980 vor allem am Stadtrand, wo die Zahl an zu verbauenden Straßenkilometer tendenziell  
981 höher ist, für größere Anreize zur zügigeren Fertigstellung sorgen.

982 **Wirtschaftsverkehr von Außen nach Innen steuern:** Die Unternehmensverbände haben  
983 zu Recht darauf hingewiesen, dass der Wirtschaftsverkehr das Rückgrat für den Wohl-  
984 stand in der Hauptstadt ist. Handwerks- und Industriebetriebe, Pflegedienste, Paket-  
985 boten oder Supermärkte sind gleichermaßen darauf angewiesen, in allen Bereichen  
986 der Stadt erreichbar zu sein und rasch voranzukommen. Hierzu gibt es aber bewusst  
987 keine Aussage im Entwurf des Mobilitätsgesetzes, entsprechende Passagen sind erst

988 für Ende 2018 angekündigt. Das birgt die Gefahr, dass Festlegungen zu Lasten der zu-  
989 nächst ausgesparten Bereiche vorgenommen werden – was wir uns im Interesse der  
990 Berliner Wirtschaft und der Bevölkerung nicht leisten können. Die Stadt braucht viel-  
991 mehr einen „Berlin-Plan Wirtschaftsverkehr“ und dazu die Diskussion vor Ort, um  
992 Ideen zu sammeln. Diese werden dabei in der Innenstadt andere sein als in den Rand-  
993 bereichen.

994 Um die radialen Stadt-Umland-Straßen vom schweren Güterverkehr zu entlasten, wäre  
995 es zum Beispiel vorstellbar, den Güterverkehr in die Stadt hinein zunehmend auf  
996 Schiene und Wasser zu verlagern. Die Sicherung und Umsetzung der schienen- und  
997 wasserseitig angebundenen Güterverkehrssubzentren als Ausgangspunkte für die  
998 Feinverteilung im Stadtgebiet würde eine massive Entlastung der radialen Stadt-  
999 Umland-Straßen vom schweren Güterverkehr ermöglichen. Zudem ist auch hier die  
1000 Nutzung von Möglichkeiten des Verkehrsmanagements und neuer Technologien zur  
1001 stadtverträglichen Führung des Schwerlast-Fernverkehrs zu den innerstädtischen Zie-  
1002 len vorstellbar.

1003 **D Von der Pike auf: Berlin braucht starke Bezirke**

1004 **a. Status Quo**

1005 Berlin wächst rasant. Damit verändern sich auch die Anforderungen an eine moderne, bürger-  
1006 nahe Verwaltung. Die Probleme sind dabei vielfältig: Behäbige Verwaltungsprozesse,  
1007 Personalmangel vor Ort, unklare und ungeklärte Zuständigkeiten und nicht ausfinanzierte  
1008 Strukturen.

1009 Es ist zudem schlicht nicht mehr zeitgemäß, dass beispielsweise der Bezirksbürgermeister  
1010 von Pankow, der für über 400.000 Einwohner (Platz 16 der größten deutschen Städte) ver-  
1011 antwortlich ist, wesentlich weniger Kompetenzen als ein Oberbürgermeister einer durch-  
1012 schnittlichen deutschen 160.000-Einwohner-Kommune besitzt. Die Aufgabenverteilung  
1013 zwischen Senat und den Bezirken muss deshalb endlich einer kritischen Prüfung unterzo-  
1014 gen werden.

1015 Denn die Berliner Bezirke hatten noch nie so geringen politischen Entscheidungsspielraum  
1016 wie heute. Dies ist vor allem den zentralistischen Tendenzen in der Berliner SPD geschul-  
1017 det, die immer wieder Vor-Ort-Aufgaben aus der Verantwortung der bürgernahen Bezirke  
1018 entreißen. Prominentestes Negativbeispiel ist die völlig ineffiziente Verkehrslenkung Ber-  
1019 lin (VLB). Aber auch andere wichtige Zuständigkeiten wie z.B. Trägerschaften von Kran-  
1020 kenhäusern oder Aufgaben der vorbereitenden und verbindlichen Bauplanung wurden den  
1021 einzelnen Bezirken ohne triftigen Grund entzogen. Jeweils wurde das Personal für diese  
1022 Aufgaben in die Hauptverwaltungen verlagert, in den Bezirken wurde massiv und weit  
1023 überproportional Personal abgebaut. Als Begründung wird dabei oft ein angebliches Be-  
1024 hördenwirrwar in und zwischen den Bezirken angeführt. Doch trotz alledem hat sich die  
1025 Effizienzleistung der Verwaltungsstrukturen in Berlin bis heute kein Stück verbessert.  
1026 Ganz im Gegenteil.

1027 Nötig ist deshalb eine grundsätzliche Rückbesinnung auf den polyzentrischen Charakter  
1028 der Stadt. Nur so kann die beschriebene Fehlentwicklung korrigierend zurückgedreht, die  
1029 Struktur wieder in Form gebracht und somit im wahren Wortsinn re-formiert werden. Dies  
1030 ist eine wesentliche Strukturaufgabe in und für die Berliner Verwaltung der Zukunft.

1031 Dabei steht für uns nicht die politische Spitze und Struktur innerhalb der Bezirke im Vor-  
1032 dergrund der Überlegung (weder ein unsinniges parteipolitisches Bezirksamt noch die Di-  
1033 rektwahl des Bezirksbürgermeisters oder die von der CDU-Fraktion unterstützte Forde-  
1034 rung eines zusätzlichen Bürger-Stadtrates). Wer die Verwaltung vor Ort stärken und fit  
1035 machen möchte, kümmert sich um die Fragen der Verantwortlichkeiten, des Personalma-  
1036 nagements, der Finanzierung und der Bürgernähe.

1037 Es ist höchste Zeit, Tempo aufzunehmen. Die Probleme der Berliner Verwaltung sind kein  
1038 tragisches, unabwendbares Schicksal, sondern es gibt eine ganze Reihe an Stellschrauben,  
1039 an denen gedreht werden kann. Die CDU-Fraktion Berlin fordert deshalb ein „Sprinterpro-  
1040 gramm“ für die Berliner Verwaltung mit den im Folgenden beschriebenen Eckpunkten.

#### 1041 ***b. Strukturen re-formieren, Bezirke stärken***

1042 Wir möchten verhindern, dass in Berlin Bezirke zweiter Klasse entstehen und wollen, dass  
1043 Außen- und Innenbezirke wieder ins Gleichgewicht kommen. Der Schlüssel zum Erfolg  
1044 dazu liegt für uns in einem klaren Bekenntnis zu den Berliner Bezirken. Denn sie sind für  
1045 die Berliner Verwaltung mehr als nur der Dienstleister gegenüber der Bevölkerung. Natür-  
1046 lich ist die Gesamtstadt ein einheitliches Gebilde. Aber die Bezirke müssen dennoch ei-  
1047 genständige Einheiten bleiben und teilweise ihre Eigenständigkeit wieder zurückerobern –  
1048 denn in ihnen spiegeln sich die Vielfalt und Besonderheit Berlins wider.

1049 Die Bezirke wissen am besten, was ihre Kieze „lebenswert“ macht und welche Sorgen und  
1050 Nöte die Bürger vor Ort haben. Dies gilt vor allem für die Bezirke am Rande der Stadt, die  
1051 traditionell über ein besonders hohes Maß an intaktem Eigenleben verfügen. Wir möchten  
1052 die Bezirke deshalb wieder zu mehr eigenverantwortlichem Handeln im Bewusstsein einer  
1053 gemeinsamen Stadt befähigen und ermutigen. Indem wir die nötigen Reformen dazu vor-  
1054 nehmen, schaffen wir eine positive Dynamik von unten (bzw. „von der Pike auf“), in der  
1055 sich alle Bezirke gleichberechtigt fühlen dürfen, die den Ansprüchen einer wachsenden  
1056 Stadt entspricht und ihre ureigene Berliner Identität bewahrt.

1057 Dazu fordert die CDU-Fraktion Berlin konkrete Schritte:

1058 ***Vorhandene Erkenntnisse umsetzen.*** Nicht immer muss das Rad neu erfunden werden,  
1059 gelegentlich braucht man es nur runder zu machen und auf die Straße zu setzen. Dazu

1060 benötigt Berlin keine neue Enquete-Kommission, denn es besteht kein Erkenntnis-  
1061 sondern ein Umsetzungsdefizit. Wer sich für eine jahrelange Enquete-Kommission ein-  
1062 setzt, verschiebt die Problemlösung ein weiteres Mal nach hinten anstatt die Umset-  
1063 zung zu starten.

1064 Doch auch die Handlungsempfehlungen im Zwischenbericht der vom Senat eingesetz-  
1065 ten Expertengruppe um Heinrich Alt sind weder ausreichend noch befriedigend. Die  
1066 CDU-Fraktion fordert den Senat deshalb auf, die Expertenrunde zu verpflichten, in ih-  
1067 rem für Ende Mai angekündigten Abschlussbericht auch vorhandenes Wissen zu be-  
1068 rücksichtigen, nicht zuletzt aus der Scholz-Kommission sowie der Enquete „Eine Zu-  
1069 kunft für Berlin“ sowie daraus konkrete sowie sachlich und zeitlich eindeutig definierte  
1070 Handlungsempfehlungen zu unterbreiten.

1071 Richtschnur ist dabei immer, wie vor Ort in den Bezirken – im besten Sinne subsidiär –  
1072 Prozesse optimiert, Verantwortungen organisiert, Notwendiges finanziert und Perso-  
1073 nal akquiriert werden kann.

1074 **Verantwortung in den Bezirken belassen. Fachaufsicht begrenzen.** Zu Jahresbeginn  
1075 ließ der Regierende Bürgermeister in einem Zeitungsinterview die Katze aus dem  
1076 Sack: „Der Senat braucht wieder ein wirksames Eingriffsrecht, wie es das bis 2000  
1077 gab“, so Müller. Und: „Dass wir dieses Durchgriffsrecht als Preis für die Bezirksfusio-  
1078 nen hergegeben haben, ist aus heutiger Sicht ein Fehler.“ Dem widerspricht die CDU-  
1079 Fraktion energisch. Ein Fehler ist ein Weniger an Verantwortung für die Bezirke, falsch  
1080 ist es gegen die Menschen und Gegebenheiten vor Ort und die Bezirksverwaltungen  
1081 durchregieren zu wollen. Den jüngsten SPD-Plänen, dem Senat ein Eingriffsrecht in die  
1082 Belange der Bezirke einzuräumen, erteilen wir auch weiterhin eine klare Absage.

1083 Rot-Rot-Grün führt die eigene Idee der partizipativen Stadtentwicklung ad absurdum,  
1084 wenn den Bezirken wichtige Rechte der Selbstbestimmung genommen werden sollen.  
1085 Wenn das Land auf die Bezirke rechtzeitig hören würde – etwa bei den Warnungen  
1086 zum Schulsanierungsstau, zur Personalnot der Bürgerämter oder zur Überlastung  
1087 durch die Flüchtlingskrise – wäre der Stadt viel Ärger erspart geblieben. Statt als Re-  
1088 gierender Bürgermeister über die Fachaufsicht über die Bezirke zu rasonieren, erwar-  
1089 ten wir wirkungsvolle Maßnahmen zur Stärkung der Bezirke. Für eine Gesetzesände-

1090 rung, die die Eigenständigkeit der Bezirke weiter einschränkt anstatt sie auszubauen,  
1091 steht die CDU-Fraktion nicht zur Verfügung.

1092 **Für eine subsidiäre Verwaltungsstruktur.** Eine Verwaltungsstruktur „von oben“ wird  
1093 bei einer Stadt der Größe Berlins immer ins Hintertreffen geraten, wenn es um die ef-  
1094 fiziente, bürgernahe Umsetzung verwaltungstechnischer Prozesse geht. Schon jetzt  
1095 sind Zuständigkeiten für Bürger und Unternehmer in Berlin kaum noch erkennbar. Das  
1096 Spannungsverhältnis zwischen Einheitsgemeinde und zweistufigem Verwaltungsauf-  
1097 bau bedarf deshalb einer grundlegenden Neubetrachtung. Nur wenn die Bezirke in ih-  
1098 rer Verantwortung wieder eigenständiger agieren können, kann das Berliner Verwal-  
1099 tungswesen „von der Pike“ auf runderneuert werden. Berlin wird den Anforderungen  
1100 der wachsenden Stadt nur gerecht werden können, wenn die Kompetenzen zwischen  
1101 den Ebenen klar abgegrenzt werden und innerhalb der Ebenen Einvernehmen über die  
1102 Grundprinzipien gesamtstädtischer Verantwortung und Aufgabenwahrnehmung her-  
1103 gestellt wird. Das Leben dieser Verwaltungsstruktur und Eigenständigkeit beendet  
1104 gleichzeitig das „Schwarze-Peter-Spiel“ zwischen Senat und Bezirken. Die Zuständig-  
1105 keiten sind klar zu regeln und eine Aufgabenkritik vorzunehmen. Dort, wo die Aufga-  
1106 ben zu erledigen sind, muss auch die Verantwortung und das Personal hin. Und dort,  
1107 wo die Bezirke zuständig sind, sollte ihnen der Senat weniger reinreden.

1108 **Ständige Aufgabenkommission für Berlin.** Die Expertengruppe um Heinrich Alt ist –  
1109 unterstellt, der Abschlussbericht wird gehaltvoller als der enttäuschende Zwischenbe-  
1110 richt – ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings ist die Arbeit temporär, notwen-  
1111 dig ist eine dauerhafte Kontrolle zu Aufgaben, Kompetenzen, Abgrenzungen.

1112 Die CDU-Fraktion fordert den Senat daher dazu auf, unverzüglich eine ständige und  
1113 dauerhafte Aufgabenkommission für Berlin einzusetzen, die insbesondere anhand des  
1114 allgemeinen Zuständigkeitskatalogs prüft, welche Aufgaben von wem wahrzunehmen  
1115 sind. Dieser Kommission sollen Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und  
1116 Verwaltung der Landes- und Bezirksebene und weitere externe Berater angehören.  
1117 Entscheidend hierbei: Der Senat ist ausschließlich für durch die ständige Aufgaben-  
1118 kommission festgelegte Aufgaben zuständig.



1119 **Klare Zeitvorgaben – auch für den Senat. Prozess-Dauer verkürzen.** Das Land Berlin  
1120 erwartet – nicht zu Unrecht beispielsweise beim Wohnungsbau-Bündnis mit den Be-  
1121 zirken – eine bezirkliche Aussage zur Verfahrensdauer von Verwaltungsprozessen.  
1122 Was der Senat dabei jedoch vergisst: Für sich selbst und seine Behörden legt er diesen  
1123 Maßstab nicht an, obwohl oftmals Bezirksverwaltungen aufgrund fehlerhafter Struk-  
1124 turenentscheidungen von Informationen der Landesebene abhängig sind. Die Bezirke  
1125 benötigen jedoch dringend Verlässlichkeit in Entscheidungsabläufen und eine belast-  
1126 bare Partnerschaft mit der Landesebene, wenn sie auf Antworten oder gar Entschei-  
1127 dungen der Hauptverwaltungen warten.

1128 Beteiligungsvorgänge und Zuarbeit des Senats sollten deshalb in einer festen Frist und  
1129 nach einem festgelegten Verfahren erfolgen. In klaren Zielvereinbarungen zwischen  
1130 den Bezirken und dem Senat werden – analog dem Wohnungsbaubündnis für die Be-  
1131 zirke – maximale Bearbeitungs- und Genehmigungszeiten in Senatsverwaltungen und  
1132 Landesbehörden für bezirkliche Prozesse festgelegt. Wird diese Frist durch die Senats-  
1133 verwaltung überschritten, gilt der Verfahrensgegenstand, wann immer rechtlich mög-  
1134 lich, als genehmigt (Genehmigungsfiktion).

1135 Um beispielsweise im Wohnungsbau das Planungs- und Baurecht zu straffen, sind fol-  
1136 gende Zeitvorgaben und Verfahrensvorgaben einzuführen:

- 1137 ○ -dass Änderungen im Flächennutzungsplan innerhalb von 18 Monaten abge-  
1138 schlossen werden,
- 1139 ○ -dass die Verkehrslenkung und die Wasserbehörde innerhalb von höchstens  
1140 zwei Monaten ihre Entscheidung fixieren,
- 1141 ○ -dass die Senatsbauverwaltung zusammen mit der BIM bei fehlenden Grund-  
1142 stücken im Bezirk artenschutzrechtliche Ausgleichs – und Ersatzflächen in an-  
1143 deren Bezirken zur Verfügung stellt oder den Bezirk bei der Suche unterstützt.

1144 **Bonussystem Servicelevel-Vereinbarungen.** Neben klaren Fristen zur maximalen Bear-  
1145 beitungsdauer werden auf bezirklicher Ebene sowie zwischen Landes- und Bezirksebe-  
1146 ne Servicelevel-Vereinbarungen getroffen, bei denen konkrete qualitative und quanti-  
1147 tative Zielmerkmale und Aufgabenkriterien vereinbart werden. Erreicht der jeweilige  
1148 Bezirk das vereinbarte Ziel fristgerecht, erhält er als Prämie eine höhere Finanzmittel-  
1149 zuweisung (Bonus). So erhalten Bezirksverwaltungen Anreiz und Mittel, die Ge-

1150 schwindigkeit und Qualität von Dienstleistungen gegenüber dem Bürger zu verbes-  
1151 sern.

1152 „**Service Schlichtungsstelle**“. Um zu regeln, was geschieht, wenn sich eine Seite nicht  
1153 an die Vereinbarung hält bzw. die vereinbarten Standards nicht erreicht, wird eine  
1154 „Schlichtungsstelle“ eingerichtet, der solche kritischen Vorgänge vorgelegt werden  
1155 müssen. Zu prüfen ist dabei, inwieweit eine solche Schlichtung durch externe Dritte  
1156 oder beispielsweise durch das Abgeordnetenhaus von Berlin geleistet werden kann.  
1157 Dies würde die demokratische Kontrolle der Verwaltungsreform stärken.

1158 **Schwerpunktsetzung durch Bezirke gesetzlich erleichtern**. Neben ihren Pflichtaufga-  
1159 ben sollten die Bezirke eigenverantwortlich zusätzliche Schwerpunkte auch in anderen  
1160 Bereichen setzen können, beispielsweise bei Bildung und Wirtschaft, Umwelt und Kul-  
1161 tur oder Lebensqualität in den Bezirken. Solche oder andere Schwerpunkte und Auf-  
1162 gaben sind im Allgemeinen Zuständigkeitsgesetz (AZG) zu präzisieren. Eingriffsrechte  
1163 des Senats bei kommunalen Aufgaben sollten – abgesehen von der Rechtsaufsicht –  
1164 auf ein notwendiges Maß reduziert werden. Damit könnte auch der Senat seine ge-  
1165 samtstädtischen Aufgaben wieder effektiver wahrnehmen.

1166 **Rechtsnormenprüfung der Bezirke ermöglichen**. Die Bezirke erhalten die Möglichkeit,  
1167 die Verfassungsmäßigkeit von Rechtsnormen vor dem Verfassungsgerichtshof des  
1168 Landes Berlin überprüfen zu lassen. Hierzu muss eine Anzahl von mindestens drei Be-  
1169 zirken gemeinsam einen Missstand feststellen, den sie vor dem Verfassungsgerichts-  
1170 hof beklagen können. Dieses Recht führt zu einem stärkeren Gehör der bezirklichen  
1171 Auffassungen, ohne Einzelauffassungen überzubetonen.

1172 **Normprüfungskommission ausbauen und als Standard setzen**. Ziel der Normprüfung  
1173 von Gesetzen ist eine Begrenzung der Normenflut und eine bessere Rechtsetzung. Die  
1174 Normprüfungskommission des Senats ist wieder mit externem Sachverstand zu beset-  
1175 zen; ihre Empfehlungen sind verpflichtend in Gesetzesvorlagen für das Abgeordneten-  
1176 haus aufzuführen.

1177 **Aufgaben effizienter zuordnen**. Aufgaben, die durch Dritte wirtschaftlicher als durch  
1178 die Verwaltung erbracht werden können, sollten durch Externe erbracht werden. Wei-

1179 terhin sind Doppelzuständigkeiten, wie bspw. bei straßenbehördlichen Anordnungen,  
1180 Umwelt- und Naturschutzbehörden und der Koordinierung von Baustellen abzubauen.

1181 **Verkehrslenkung Berlin (VLB) auflösen.** Die VLB steht beispielhaft für ineffiziente  
1182 Zentralisierungen. Die Aufgaben der gesamtstädtischen Steuerung des Verkehrs (Am-  
1183 pelanlagen u.a.) und des fließenden Verkehrs auf Hauptverkehrsstraßen übernimmt  
1184 stattdessen die Verkehrsmanagementzentrale. Sämtliche Baustellenanordnungen  
1185 übernehmen wieder die bezirklichen Straßen- und Grünflächenämter. Dort, wo be-  
1186 zirksübergreifende Verkehrsströme betroffen sind, muss es eine hinreichende Ver-  
1187 pflichtung zur Kooperation geben. Die Nutzung eines zentralen Informations- und  
1188 Kommunikationsdienstes wie bspw. infrest ist verpflichtend für alle anordnenden Be-  
1189 hörden. Bis zur Umsetzung gilt übergangsweise die in diesem Kapitel bereits beschrie-  
1190 bene Genehmigungsfiktion.

1191 **Stärkung des Rats der Bürgermeister (RdB).** Bisher scheint der RdB oftmals eine reine  
1192 Placebo-Maßnahme des Senats zu sein, um die Bezirksebene ruhig zu stellen. Das  
1193 möchte die CDU-Fraktion ändern: Die Bezirke sollten sich gegenüber dem Senat und  
1194 untereinander zu gesamtstädtischer Verantwortungsübernahme und deren konkreter  
1195 Umsetzung durch eine verbindliche Vereinbarung im Rat der Bürgermeister verpflich-  
1196 ten. Im Gegenzug erhält der RdB ein Vetorecht bei Eingriffen durch den Senat. Beide  
1197 Maßnahmen – Verantwortungsverpflichtung und Vetorecht – würden getroffene Ziel-  
1198 vereinbarungen zwischen dem Regierenden Bürgermeister und den Bezirksbürger-  
1199 meistern enorm aufwerten und politisch belastbarer, im besten Sinne verbindlicher  
1200 machen.

1201 **Stärkung der Bezirksverordnetenversammlungen (BVV).** Die BVVen sind mit ihren  
1202 ehrenamtlich tätigen Verordneten die Schnittstelle zwischen Bürgern und Verwaltung.  
1203 Sie haben ein hohes Maß an Lokalkompetenz und können politische Entscheidungen  
1204 über regionale Entwicklungen qualifiziert treffen. Dieses hohe Maß an Bürger- und  
1205 Kieznähe ist ein herausragendes Merkmal und muss gestärkt werden. Wir fordern eine  
1206 bessere finanzielle Ausstattung der BVVen und ihrer Fraktionen, insbesondere auch,  
1207 um ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre umfangreichen Aufgaben mittels dezentraler  
1208 Bürgerbüros noch intensiver wahrnehmen zu können.

1209 **Freiwillige Kooperation der Bezirke fördern.** Die CDU-Fraktion möchte die Rahmen-  
1210 bedingungen schaffen und alle Bezirke dazu ermutigen, sich in freiwillige, aufgaben-  
1211 gebundene Kooperationen in bestimmten Fachbereichen zusammenzuschließen. So  
1212 sollen strukturunabhängige Anreize geschaffen werden. Hierzu sollen Prämien in Aus-  
1213 sicht gestellt werden, wie z.B. zusätzliche, dauerhaft finanzierte und frei einsetzbare  
1214 Stellen. Um Kooperationsanreize zwischen den Bezirken zu schaffen und effektive  
1215 Spill-Over Effekte zu generieren, könnten auch bestehende Kooperationsvereinbarun-  
1216 gen der Bezirke (wie z.B. beim Thema Schulbau die existierenden Regionalverbände)  
1217 auf andere Themen ausgeweitet werden (z.B.: Quartiersmanagement, Datenmanage-  
1218 ment, gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit). Ein weiteres Beispiel für erfolgreich agie-  
1219 rende Regionen-Verbände sind die vier Kita-Eigenbetriebe.

1220 Auch Kooperationen (oder: Regionen-Verbände) zwischen mehreren Außenbezirken  
1221 wären vorstellbar, um den Gemeinsinn zu fördern, aber dennoch die Eigenständigkeit  
1222 der Bezirke gegenüber dem Senat zu gewährleisten, ohne dass die Gefahr bestünde,  
1223 im „kiezigen“ Klein-Klein zu versinken.

1224 **Innovationsfonds einrichten.** Wir streben die Einrichtung eines Innovationsfonds an –  
1225 d.h. für die Erprobung neuer Aufgaben/Projekte ist zuerst ein Bezirk zuständig. Wenn  
1226 die Funktionalität bestätigt wird, erfolgt die flächendeckende Einführung. Aufgaben  
1227 werden hierbei genauestens definiert und erst dann erfolgt eine Zuweisung.

### 1228 **c. Um Anzupacken braucht es: Hände – und Motivation**

1229 Für die CDU-Fraktion Berlin ist klar: Die Bezirke sind kein „verlängerter Schreibtisch“ der  
1230 Senatsverwaltungen. Allerdings legen die oftmals geringeren Entlohnungsstrukturen der  
1231 Bezirksbeschäftigten gegenüber der Landesebene nahe, dass in den Berliner Senatsverwal-  
1232 tungen fälschlicherweise nach diesem „Ober-sticht-Unter-Prinzip“ gedacht und gehandelt  
1233 wird. Tatsächlich handelt es sich bei den Mitarbeitern in den Bezirksverwaltungen um spe-  
1234 zialisierte Fachleute mit unschätzbaren Erfahrungen in der Verwaltungspraxis. Dieses Po-  
1235 tential gilt es auszubauen und zu nutzen, das Gegenteil der rot-rot-grünen Politikpraxis.  
1236 Zusätzliche Stellen in der Berliner Verwaltung sind insbesondere wieder dort zu schaffen,  
1237 wo die Berlinerinnen und Berliner in unmittelbaren Kontakt mit der Verwaltung kommen:  
1238 in den Bezirksverwaltungen und Bezirksbehörden.

1239 Die CDU-Fraktion Berlin hat in der vergangenen Legislaturperiode viel dafür getan, um die  
1240 Personalstrukturen in den Bezirken zu stärken. Allerdings konnten die Personal- und Sach-  
1241 einsparungen der Jahre 2001 bis 2011 nicht vollständig rückgängig gemacht werden. Hin-  
1242 zu kommen die immer umfangreicheren Herausforderungen durch die wachsende Stadt.  
1243 Immer mehr Aufgaben mussten und müssen durch immer weniger Personal geleistet wer-  
1244 den. Außerdem hat sich durch eine verfehlte Personalpolitik bis 2011 der Altersdurch-  
1245 schnitt der Mitarbeiter erheblich erhöht.

1246 Durch die demografische Entwicklung in Deutschland und Berlin steht die öffentliche  
1247 Verwaltung aktuell nun unter einem enormen Wettbewerbsdruck bei der Personalgewin-  
1248 nung. Nur wenn wir bereit sind, eine angemessene, leistungsorientierte Bezahlung vorzu-  
1249 nehmen und attraktive Arbeitsbedingungen zu schaffen, können wir im Kampf um die bes-  
1250 ten Köpfe bestehen. Dies ist eine umso größere Herausforderung, als wir nicht nur im  
1251 Wettbewerb mit Unternehmen, sondern auch mit den Bundesbehörden und den anderen  
1252 Bundesländern stehen, insbesondere Brandenburg, die allesamt verglichen mit dem Land  
1253 Berlin bessere Verdienstmöglichkeiten bieten. Vor dem Hintergrund früherer Einsparun-  
1254 gen „bis es quietscht“, zeigen sich jetzt die Auswirkungen bei einer gleichzeitig wachsen-  
1255 den Stadt sowohl in den Senatsverwaltungen, als auch in den Berliner Bezirken. Um die  
1256 Personalsituation in der Verwaltung zu ändern, bedarf es dringend verlässlicher politischer  
1257 und fachlicher Rahmenbedingungen.

1258 Die CDU-Fraktion Berlin fordert:

1259 **Bedarfsgerechte und effiziente Personalplanung.** Wir setzen uns für eine  
1260 bedarfsgerechte Personalplanung auch in den Bezirken ein, die mit dem Wachstum der  
1261 Stadt Schritt hält. Wir wollen unsere Beamten nicht nur besser bezahlen, sondern auch  
1262 dafür Sorge tragen, dass in einer Behörde nicht sinnloserweise drei Mitarbeiter  
1263 gleichzeitig für eine Sachbearbeitung zuständig sind. Zuständigkeiten müssen klarge-  
1264 stellt und den Bezirken Personal- und Entscheidungskompetenz zugewiesen werden.  
1265 Wenn eine konkrete Aufgabe zu erledigen ist, erarbeiten die Bezirke eine  
1266 Personalbedarfsmeldung.

1267 **Schnellere Stellenbesetzung in den Bezirken:** Bisher dauern Stellenbesetzungen viel zu  
1268 lange, Ausschreibungen müssen schneller getätigt werden. Hierzu ist es dringend

1269 notwendig, den Bezirken mehr Eigenverantwortung beim Stellenaufwuchs zu geben.  
1270 Denn die jeweiligen strukturellen Voraussetzungen sind in den Bezirken sehr  
1271 unterschiedlich, weshalb eine pauschale Vorgabe, wie derzeit praktiziert, höchst  
1272 ineffizient ist. Folgender Maßnahmenkatalog ist deshalb umgehend umzusetzen:

- 1273 ○ Um Auswahlverfahren zu beschleunigen, werden die Beteiligungsrechte der  
1274 Beschäftigtenvertretungen vereinheitlicht und Beteiligungsfristen gestrafft.  
1275 Zudem soll eine parallele – und nicht sukzessive – Beteiligung von Frauen- und  
1276 Behindertenbeauftragten sowie Personalrat ermöglicht werden.
- 1277 ○ Es ist eine umfassende Aufgabenkritik im Bereich der Personalgewinnung  
1278 vorzunehmen. Auch eine Untersuchung des bisherigen Wirkens der  
1279 Steuerungsgruppe bei der Personalbedarfsplanung ist vorzunehmen.
- 1280 ○ Es ist zu prüfen, inwieweit das Laufbahnrecht modernisiert und das  
1281 Laufbahnsystem flexibilisiert werden muss.
- 1282 ○ Land und Bezirke müssen freie Stellen gemeinsam ausschreiben können, um  
1283 für Bewerber eine möglichst hohe Transparenz und Vergleichbarkeit zu  
1284 ermöglichen.
- 1285 ○ Dazu sind gemeinsame Aufgabenkreisbeschreibungen und  
1286 Anforderungsprofile zu erstellen. Jede ausgeschriebene Stelle hat eine klare  
1287 Stellenbeschreibung, verbunden mit einer einheitlichen Bewertung aller Fach-  
1288 und Führungsfunktionen.
- 1289 ○ Verfügbare Ausbildungskapazitäten in Land und Bezirken müssen voll  
1290 ausgeschöpft und weiter ausgebaut werden. Es ist ein Personalservice für ganz  
1291 Berlin einzurichten, einschließlich eines Rekrutierungspools für die  
1292 Bürgerämter in den Bezirken.
- 1293 ○ In Absprache mit den Bezirken ist eine regionalisierte Aufgabenwahrnehmung  
1294 durch einen oder mehrere Bezirke möglich, ohne die einzelnen Bezirkskompe-  
1295 tenzen in Frage zu stellen. Die Stellenbesetzung erfolgt dann nach Bedarf der  
1296 jeweiligen Organisationseinheit.
- 1297 ○ Um den hohen Krankenstand in den Bezirksämtern zu reduzieren, muss das  
1298 bisherige Gesundheitsmanagement grundlegend evaluiert werden.

1299 **Besoldung in Berlin an die Bundesebene anpassen.** Wir brauchen eine angemessene  
1300 und kompetitive Bezahlung in der Verwaltung. Besonders die Bezirksverwaltungen  
1301 sind im Werben um geeignetes Personal nur dann mit Land und Bundesebene  
1302 konkurrenzfähig, wenn sie in der Lage sind, ähnliche Gehälter auszahlten. Die  
1303 Entgeltstrukturen und -höhen in der Berliner Verwaltung müssen dabei nicht nur dem  
1304 bundesweiten Durchschnitt, sondern vor allem dem Niveau des Bundes angepasst  
1305 werden. Denn es ist besonders der Bund, der in Berlin die größte Konkurrenz im  
1306 Werben um qualifiziertes Personal darstellt. Die CDU-Fraktion hält daher ihre von Rot-  
1307 Rot-Grün abgelehnte Forderung aufrecht:

1308 **1.** Besoldungsanpassung, um im Jahr 2021 in der Besoldung das Bundesniveau  
1309 erreicht zu haben. Schon in der Zielfunktion unterscheiden wir uns von Rot-Rot-  
1310 Grün. Die wollen lediglich den Durchschnitt der Länder erreichen, wir auf  
1311 gleiche Augenhöhe mit dem Bund kommen. Welches Ziel die  
1312 Wettbewerbsfähigkeit Berlins tatsächlich stützt, ist offensichtlich. Und dass die  
1313 Koalition ihr unambitioniertes Ziel verfehlt, wissen nicht nur wir, sondern gibt  
1314 die Koalition inzwischen sogar selbst zu. Ein Bärenienst für das Personal und  
1315 die Zukunftsfähigkeit der Berliner Verwaltung.

1316 **2.** Der Beamtenbund fordert zurecht, dass die Besoldungsanpassungen im Land  
1317 Berlin nicht mitten im Jahr, sondern zum 1. Januar eines Jahres vorgenommen  
1318 werden. Auch diese Gesetzesanpassung hat die CDU-Fraktion dem Parlament  
1319 vorgelegt – auch diesen notwendigen Baustein hat Rot-Rot-Grün abgelehnt.  
1320 Das bedeutet aber nicht, dass wir locker lassen: immerhin wurde die  
1321 Besoldungsanpassung jetzt auf den 1. Juni vorgezogen. Die Entscheidungskraft  
1322 für den ganzen Schritt fehlte der Landesregierung. Die CDU-Fraktion bleibt aber  
1323 auch bei diesem Thema dran.

1324 **Gleiches Geld für gleiche Arbeit.** Die CDU-Fraktion setzt sich dafür ein, gleiche Berufs-  
1325 gruppen in Land und Bezirken auch gleich zu bewerten und gleich zu bezahlen. Dazu  
1326 ist eine grundlegende Überprüfung der Besoldungs- und Tarifstrukturen in den Bezir-  
1327 ken vorzunehmen. Damit wollen wir den öffentlichen Dienst in den Bezirken wieder  
1328 attraktiver für qualifizierten Nachwuchs machen.

1329 Auch soll es den Bezirken in Zukunft möglich sein, Stellen selbst zu bewerten. Hierzu  
1330 ist eine Erhöhung der Zahl der höherwertigen Stellen bis hin zur Einführung der B-  
1331 Besoldung in den Bezirken einzuführen.

1332 **Anzahl der Ausbildungsplätze erhöhen.** Berlin braucht Nachwuchs in der Verwaltung,  
1333 um einen besseren Service für die Bürger zu erreichen. Der Fachkräftemangel ist ein  
1334 gravierendes Hemmnis, dem wir mit ausgewählten Vorschlägen im Rahmen eines gan-  
1335 zen Maßnahmenkatalogs begegnen wollen. Eine Erhöhung der Auszubildendenzahlen  
1336 in der Berliner Verwaltung um 20% ist nicht nur realistisch, sondern notwendig. Zu  
1337 den klassischen nicht-technischen Berufen benötigt die Verwaltung auch junge Inge-  
1338 nieure und IT-Experten.

1339 Um mehr Auszubildende zu betreuen, sind mehr Stellenanteile für Praxisanleiter zu  
1340 schaffen. Erfahrenen Bediensteten müssen Anreize gegeben werden, als Praxisanleiter  
1341 ihr Wissen weiterzugeben.

1342 **Bezirkliche Verwaltungsausbildung stärken.** Die gegenwärtige Verwaltungsausbildung  
1343 in den Bezirken muss besonders vor dem Hintergrund künftiger digitaler  
1344 Herausforderungen verbessert werden. Es bedarf einer digitalen  
1345 Verwaltungsgrundausbildung, geeigneter Nachwuchsförderprogramme und  
1346 Weiterbildungsmöglichkeiten für die Mitarbeiter. Außerdem muss die Bildung von  
1347 „Cross-Kompetenzen“ der Mitarbeiter gestärkt werden, um so auf steigende  
1348 Anforderungen zu reagieren. Dazu ist ein verstärkter Austausch der Mitarbeiter nötig.

1349 **Modernes Arbeitsklima im Bezirksamt.** Wir wollen ein neues und modernes  
1350 Arbeitsklima in der Berliner Verwaltung schaffen. Um mehr qualifiziertes Personal zu  
1351 gewinnen, ist in einem langfristigen Evaluationsprozess zu prüfen, welche  
1352 Anreizsysteme notwendig sind, um die erforderlichen Veränderungen in den  
1353 Bezirksverwaltungen umzusetzen. Das können etwa neue, flexible Arbeitszeitmodelle  
1354 und Arbeitszeitkonten sein. So haben Unternehmen schon lange erkannt, dass die  
1355 richtigen „Benefits“ nötig sind, um Mitarbeiter langfristig zu halten.

1356 **Digitale Erfahrungen müssen zu digitalen Chancen werden.** Dort, wo es nötig ist,  
1357 müssen wir die Rollen der Mitarbeiter neu definieren. Es sollen Wege gefunden  
1358 werden, um die strengen Laufbahnvorschriften zu lockern und digitale Qualifikationen



1359 bei Bedarf besser zu bezahlen. Um mit möglichen Gehaltsentwicklungen bei privaten  
1360 IT-Unternehmen mithalten zu können, muss die Berliner Verwaltung vor diesem  
1361 Hintergrund insgesamt attraktiver werden.

#### 1362 ***d. BerlinFinanz2020. Bezirke neu finanzieren***

1363 Das gegenwärtige Finanzierungsmodell hat sich als ungeeignet erwiesen, um den Bezirken  
1364 die zeitgemäße und effektive Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu ermöglichen. Dabei lassen  
1365 wir uns vom Finanzsenator auch keinen Sand in die Augen streuen, wenn er die Legende  
1366 von auskömmlich finanzierten Bezirken strickt. Die von ihm genutzte Statistik der Ba-  
1367 siskorrektur weist, auf ihren Kern reduziert, das Gegenteil seiner These von den im Geld  
1368 schwimmenden Bezirken aus. Vor allem lautet die Botschaft: ohne die willkürliche Ba-  
1369 siskorrektur hätten auch 2017 acht von zwölf Bezirken mit einem Verlust abgeschlossen.  
1370 Das ist nicht länger hinnehmbar. Zumal es für die Bezirke nicht nachvollziehbar ist, nach  
1371 welchen Kriterien berechnet wird, ob ein Bezirk einen Überschuss oder Fehlbetrag erwirt-  
1372 schaftet.

1373 Gleichzeitig beweisen eine Vielzahl an Sonderprogrammen, dass die Globalsummenzuwei-  
1374 sung an die Bezirke in keiner Weise auskömmlich ist und die Defizite eher verstärkt als  
1375 abfedert. Mehrere Sonderprogramme sind in ihrer Genehmigungsstruktur durch den Senat  
1376 zudem darauf angelegt, Mittelabflüsse gering zu halten, so bspw. das Schlaglochsanie-  
1377 rungsprogramm. Auch die (bezirklichen) Mittelabflüsse des eigentlich positiven SIWANA-  
1378 Programms unterstreichen dieses Dilemma in Milliardenhöhe. Dadurch verstärken sich  
1379 Missstände vor Ort, gleichzeitig sind den Bezirken die Hände gebunden. Auch dies ist  
1380 nicht länger hinnehmbar.

1381 Beide beispielhaften Befunde der Basiskorrektur und der Sonderprogramme untermauern  
1382 das im doppelten Sinne defizitäre System der Globalsummenzuweisung. Die CDU-Fraktion  
1383 Berlin will die Bezirke nicht länger am langen Berliner Arm verhungern lassen.

1384 Leistungen für die Bevölkerung können aktuell aus den genannten Gründen teilweise von  
1385 den Bezirken nicht in dem erforderlichen Umfang erbracht werden. Das Berliner System  
1386 der Globalsummenzuweisung und der Kosten und Leistungsrechnung diene in den Jahren  
1387 nach der Wiedervereinigung insbesondere dazu, notwendige Kürzungen zu realisieren und  
1388 die bezirklichen Budgets an den engen finanziellen Rahmen Berlins anzupassen. Dieses

1389 Modell ist in Zeiten der wachsenden Stadt, notwendiger Investitionen in die Infrastruktur  
1390 und der Herausforderung, Berlin als moderne, lebenswerte und zukunftsorientierte Met-  
1391ropole zu gestalten, nicht zukunftsfähig und gehört abgeschafft.

1392 Um den Bezirken wieder mehr Gestaltungsspielraum zu geben, müssen sie auch wieder  
1393 mit größeren finanziellen Kompetenzen ausgestattet werden. Zudem ist es notwendig,  
1394 komplizierte, ineffiziente Finanzierungsstrukturen zu entzerren und zu fairen, transparen-  
1395 ten und bedarfsgerecht ausgestalteten Zuweisungsmechanismen zu gelangen, die den  
1396 unterschiedlichen Lebensrealitäten in den jeweiligen Bezirken wieder gerecht werden.

1397 **„BerlinFinanz2020“.** Die CDU-Fraktion schlägt daher vor, das bisherige Finanzierungs-  
1398 system in Berlin durch ein neues, bedarfsgerechtes System zu ersetzen: Das „BerlinFi-  
1399 nanz2020“. Dieses neue, zukunftsorientierte Modell soll sicherstellen, dass die Berliner  
1400 Bezirke haushaltstechnisch solide, effizient, bürgernah und transparent die ihnen  
1401 übertragenen Aufgaben bewältigen können. Zum Doppelhaushalt 2020/2021 und da-  
1402 mit zum 100jährigen Jubiläum von Groß-Berlin soll dieses neue System der Bezirksfi-  
1403 nanzierung im Landeshaushalt umgesetzt werden. Es orientiert sich an folgenden  
1404 haushaltstechnischen Grundsätzen:

1405 **Grundsatz der bedarfsgerechten Finanzierung der Bezirke.** Die Kosten-Leistungs-  
1406 Rechnung (KLR) ist in ihrer derzeitigen Ausgestaltung überholt, ihre Instrumente müs-  
1407 sen überprüft werden. Wir fordern, sie nicht weiter als Zuweisungsinstrument einzu-  
1408 setzen. Stattdessen sollen in ihr zukünftig alle angefallenen Leistungen und Aufwen-  
1409 dungen eingehen und als landesweiter Servicevergleich dienen.

1410 Widersinnige Auswirkungen der KLR sind zu evaluieren, und es müssen Konsequenzen  
1411 daraus gezogen werden. Die Grenzen der KLR müssen aufgezeigt und klar benannt  
1412 werden. Eklatantestes Beispiel für die Reformbedürftigkeit der KLR sind die extrem  
1413 negativen Auswirkungen von krankheitsbedingten Ausfällen auf die Verteilung der  
1414 Mittel, vor allem in kleinen Einheiten. Personal- und Mengenrelationen sind insbeson-  
1415 dere im Gesundheitsbereich oder der Familienhilfe nur sehr bedingt aussagekräftig,  
1416 denn hier kommt es immer auf den konkreten Einzelfall an.

1417 Stattdessen sollen die Bezirke im Rahmen eines neuen bedarfsgerechten Zuwei-  
1418 sungsmodells – dem BerlinFinanz2020 – über die Verwendung der zugewiesenen  
1419 Summen bei Personal- und Sachmitteln selbstständig entscheiden können.

1420 **Normierungsabschläge abschaffen.** Bis zur Etablierung des neuen Systems Berlinfi-  
1421 nanz2020 müssen kurzfristig auch die Normierungsabschläge abgeschafft werden,  
1422 denn sie stellen lediglich ein willkürliches Mittel der Haushaltskontrolle dar. Der Pro-  
1423 zess zur Reduzierung des Normierungsvolumens (Schlussbericht von SenFin vom  
1424 26.02.2016) muss in diese Richtung mit einer zeitlichen Vorgabe weitergeführt wer-  
1425 den.

1426 **Medianwerte als Bemessungsgrundlage abschaffen.** Die bisher von der Senatsverwal-  
1427 tung praktizierte jährliche Ermittlung von Medianwerten zur Steuerung der Bezirks-  
1428 haushalte ist abzuschaffen. Denn diese schafft eine Zwei-Klassen-Struktur der Bezirke.  
1429 Die jährliche Ermittlung von Medianwerten zur Steuerung von Bezirkshaushalten ist  
1430 abzulehnen, der Median soll in Zukunft lediglich als empirisches Vergleichsinstrument  
1431 zur besseren Orientierung genutzt werden.

1432 **Abschaffung der Sonderprogramme.** Die Unauskömmlichkeit des Globalsummensys-  
1433 tems hat zu zahlreichen Sonderfinanzierungsprogrammen im Bau-, Schul-, Sport- und  
1434 Kulturbereich geführt. Die CDU-Fraktion will diese Programme abschaffen und die  
1435 entsprechenden Mittel den Bezirken zur ordnungsgemäßen Finanzierung dieser Auf-  
1436 gaben bereits vorab zur Verfügung stellen.

1437 Denn die Praxiserfahrung hat gezeigt: Es geht dabei immer nur um die Menge, selten  
1438 um die Qualität der aufzubringenden Mittel. Sonderzuweisungen sind längstens für  
1439 eine Doppelhaushalt zulässig, für einen längeren Zeitraum sind sie entweder fest im  
1440 Landeshaushalt Berlins oder als zweckgebundene, dauerhafte Zuweisung an die Bezir-  
1441 ke festzuschreiben. Dies führt zum einen zu weniger Bürokratie und zum anderen zur  
1442 schnelleren Realisierung der finanzierten Maßnahmen.

1443 **Keine Umverteilung zwischen den Bezirken.** Gegenwärtig werden Sonderbedarfe, z.B.  
1444 aufgrund von besonderen sozialen Indikationen, in einzelnen Bezirken durch Umver-  
1445 teilung von Finanzmitteln von einem Bezirk zum anderen finanziert. Das führt dazu,  
1446 dass in den abgebenden Bezirken anerkannte reguläre Bedarfe nicht mehr auskömm-

1447 lich finanziert werden können. Dies widerspricht dem System der auskömmlichen Fi-  
1448 nanzierung wie auch der Eigenverantwortung eklatant, da einige Bezirke finanziell be-  
1449 straft werden, um andere Bezirke finanziell zu unterstützen. Eine solidarische Finan-  
1450 zierung der Bezirke hat von der Landesebene zu erfolgen, nicht durch Umverteilung  
1451 zwischen den bedarfstragenden Bezirken.

1452 **Abschaffung der Basiskorrektur.** Die Basiskorrektur führt in der jetzigen Form zu In-  
1453 transparenz, weil die Bezirke im Unklaren darüber gelassen werden, welche Tatbe-  
1454 stände, in welchem Umfang berücksichtigt werden. So ist ihnen eine haushaltstechni-  
1455 sche Steuerung im folgenden Haushaltsjahr über Monate hinweg nicht möglich. Sie ist  
1456 zudem willkürlich, so wurden beispielsweise Sturmschäden des Jahres 2017 nicht ba-  
1457 siskorrigiert, die Bezirke mussten somit die massiven Schäden aus der zu geringen  
1458 Globalsummenzuweisung und damit zu Lasten anderer Maßnahmen finanzieren. Bei  
1459 gleichzeitigen Rekordüberschüssen des Landeshaushaltes ein nicht erklärbarer Schritt  
1460 der Gängelung fernab von Haushaltsklarheit- und wahrheit. Die Basiskorrektur des  
1461 Jahres 2017 in Höhe von ca. 150 Mio. Euro ist den Bezirken bis zur Umsetzung von Ber-  
1462 linFinanz2020 in der Globalsumme zuzuweisen. Mit der Einführung des Systems Ber-  
1463 linFinanz2020 entfällt die Basiskorrektur zugunsten einer auskömmlichen Bezirksfi-  
1464 nanzierung.

1465 **Bezirkliche Investitionsplanung stärken.** Die Bezirke haben zu Beginn jeder Wahlperi-  
1466 ode bezirkliche Infrastrukturpläne für die größten Infrastrukturvorhaben (Kitas, Schul-  
1467 Neubauten und große Straßenbauvorhaben/ über 5 Mio. Euro) aufzustellen und dem  
1468 Abgeordnetenhaus und Senat vorzulegen. Dieser hat die Vorschläge bei der Aufstel-  
1469 lung der Investitionsplanung zu berücksichtigen. Die Infrastrukturpläne werden mit  
1470 der Aufstellung der Investitionsplanung, spätestens aber alle 2 Jahre, von den Bezirken  
1471 aktualisiert. Einen ersten Durchlauf als Null-Zeitpunkt vollziehen die Bezirke noch in  
1472 der laufenden Wahlperiode mit einem Bezirksamt, so dass die bezirklichen Infrastruk-  
1473 turpläne zur Beratung des Doppelhaushalts 2020/2021 in Senat und Abgeordneten-  
1474 haus vorliegen.

1475 **Ehrlichkeit bei der Finanzplanaufstellung für die Bezirke.** Zuweisungen müssen grund-  
1476 sätzlich dem tatsächlichen Bedarf entsprechen. Überplanmäßige Ausgaben im Z- und  
1477 T-Teil (z.B. Sozialhilfe, Obdachlosenhilfe, Jugendhilfe) sind vollständig auszugleichen.

1478 Festsetzungen bei Einnahmeerwartungen, z.B. Bußgeldern, müssen realistisch ge-  
1479 schätzt und nicht rein mathematisch fortgeschrieben werden. Durch die Bezirke nicht  
1480 zu beeinflussende Mindereinnahmen sind durch den Senat auszugleichen.

1481 **Bezirkliche Beteiligung an der Gewerbesteuer.** Um die Bezirke in ihrer Eigenständig-  
1482 keit zu fördern und positive Anreize zur Stärkung der regionalen Wirtschaftsstruktur  
1483 zu schaffen, ist zu prüfen, ob eine direkte, prozentuale Beteiligung der Bezirke am Ge-  
1484 werbesteueraufkommen zu einem Anreizmodell entwickelt werden kann, mit dem die  
1485 Bezirke ein Interesse an der Förderung und Stärkung der regionalen Wirtschaftsstruk-  
1486 tur entwickeln. Von einer solchen Beteiligung können alle Bezirke profitieren, die Be-  
1487 zirke am Stadtrand aufgrund letzter vorhandener Flächenpotentiale für produzierenden  
1488 Gewerbe mit einem besonderen Fokus.

1489 **Umsetzung ab dem Doppelhaushalt 2020/21.** Die Umsetzung des neuen Systems er-  
1490 folgt mit der Aufstellung des Doppelhaushalts 2020/21.

- 1491 ○ Hierzu melden die Bezirke ihren Finanzbedarf auf der Grundlage der Ist-Zahlen  
1492 2017 an, ergänzt um die Beträge, die ihnen bisher im Rahmen der bezirklichen  
1493 Umverteilung aufgrund der bisherigen Finanzierungssystematik abgezogen  
1494 worden sind. Im T- und Z-Teil werden auf Grundlage der Fallzahlen einheitliche  
1495 Kostensätze zugewiesen.
- 1496 ○ Der Personalschlüssel berechnet sich aus einem modernisierten Berechnungs-  
1497 schlüssel, der Fallzahlen, überarbeitete Stellenbewertungen, veränderte Stel-  
1498 lenobergrenzen und die Einführung der B-Besoldung berücksichtigt.
- 1499 ○ Die bisherigen Sonderprogramme werden aufgelöst und entsprechend auf die  
1500 Bezirke verteilt. Für Investitionen in Hoch-, Tiefbau- und Grünanlagen- Maß-  
1501 nahmen erhält jeder Bezirk zusätzlich 8 Millionen Euro. Für bauliche Unterhal-  
1502 tung jeweils zusätzlich 3 Mio. Euro.
- 1503 ○ Die Rücklagen der Bezirke werden auf 10 Mio. Euro pro Bezirk begrenzt. Bei im  
1504 Einzelfall höheren Rücklagen bedarf es der Begründung und Genehmigung der  
1505 Senatsfinanzverwaltung.
- 1506 ○ Die Gegenfinanzierung erfolgt aus den noch nicht prognostizierten Mehrein-  
1507 nahmen der Haushaltsjahre 2020/21 im Rahmen der Haushaltsaufstellung.

1508 **e. Bürgernah und digital: die Zukunftsverwaltung vor Ort**

1509 Damit die Bezirke ihre Aufgaben und Zuständigkeit effizient ausführen können, benötigen  
1510 sie leistungsfähige und moderne Verwaltungsstrukturen vor Ort. Auch in einer rasant  
1511 wachsenden Stadt müssen Behördengänge zeitnah erledigt werden können. Die Berliner  
1512 Bürger klagen weiterhin über lange Wartezeiten bei der Kraftfahrzeuganmeldung oder in  
1513 den Bürgerämtern, über lange Bearbeitungszeiten, über die in der Wahrnehmung der  
1514 Kunden gedankliche Ferne der Verwaltung von ihren Wünschen. Wir haben uns gefragt:  
1515 Wie kann der berechnete Anspruch der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen  
1516 Berlins auf eine effizient arbeitende und bürgernahe Verwaltung umgesetzt werden?  
1517 Welche modernen, transparenten und technologisch zeitgemäßen Verwaltungsstrukturen  
1518 und -prozesse sind dabei zu berücksichtigen?

1519 Ein Ergebnis dieser Überlegungen ist neben der Digitalisierung und weiteren  
1520 Professionalisierung der Verwaltung die These, dass die Leistung näher an den Bürger  
1521 heranrücken soll. Verbunden mit einem Serviceversprechen über die maximal benötigte  
1522 Arbeitszeit soll dies mit einem Maßnahmenpaket „BüvO – Bürgeramt vor Ort“ umgesetzt  
1523 werden.

1524 **(Mobile) Bürgeramt-Einheiten in weniger dicht besiedelten Regionen.** Nicht alle Ort-  
1525 steile Berlins verfügen über eine ausreichende Versorgung mit Bürgerämtern. Aber  
1526 auch nicht alle Dienstleistungen von Bürgerämtern sind immer und überall notwendig.  
1527 Wir fordern deshalb neben einer verpflichtenden Mindestzahl von Bürgerämtern ins-  
1528 besondere in den mit dem ÖPNV weniger gut erschlossenen Ortsteilen die Auswei-  
1529 tung des Angebots von Bürgeramt-Einheiten. Diese sind auf unterschiedliche Arten  
1530 vorstellbar:

- 1531 ○ **Bürgerladen:** In einem Ladengeschäft als Anlaufpunkt im Kiez bietet das Bür-  
1532 geramt die wesentlichen Dienstleistungen des Bürgeramtes mit gesonderten  
1533 Öffnungszeiten an. Dies verkürzt Wege, Warte- und womöglich auch Bearbei-  
1534 tungszeiten, kurz: es erspart Ärger auf allen Seiten.
- 1535 ○ **Bürgeramt auf vier Rädern:** Bestehende bezirkliche Angebote wie der Bü-  
1536 chereibus könnten temporär personell und technisch um Leistungen des Bür-  
1537 geramtes ergänzt werden. Dies führt zu Attraktivitätssteigerungen des Bücher-

1538 busses und macht deutlich: die Verwaltung kommt zum Bürger, sogar bis zur ei-  
1539 genen Straßenecke.

1540 ○ **Bürgeramtskoffer:** Das System der Bürgeramtskoffer, die sichere Datenverbin-  
1541 dungen schaffen und die notwendige Ausstattung für die Dienstleistungen be-  
1542 inhalten, wird ausgebaut/ reaktiviert. In Anlaufpunkten eines Kiezes, bspw. in  
1543 Nachbarschaftszentren, Sportvereinen, Einkaufspassagen werden zu regelmä-  
1544 ßigen Zeitpunkten ausgewählte Leistungen des Bürgeramtes vor Ort erbracht  
1545 nach dem Motto: „Koffer auf, Verwaltung raus!“

1546 **Zentrales digitales Bürgeramt.** Besonders vor Ort und im Kiez müssen die digitalen  
1547 Verwaltungsangebote weiter ausgebaut werden. Wir wollen dazu ein zentrales Bür-  
1548 geramt auf Landesebene als digitales Bürgeramt mit digital vom Endgerät abrufbaren  
1549 Dienstleistungen einrichten. Hierbei ist auch die Nutzung von Online-Anträgen über  
1550 das Service-Portal Berlin weiter auszubauen. Die Bürgerämter dürfen nicht vorrangig  
1551 aus der Perspektive der Kosteneffizienz betrachtet werden, sondern als Servicedienst-  
1552 leister mit einem Qualitätsanspruch. Auch hier muss die Zusammenarbeit von Senats-  
1553 verwaltungen und Bezirken weiter verbessert werden.

1554 **24/7 Bürgeramt-Automaten.** Geldautomaten sind zu einer absoluten Selbstverständ-  
1555 lichkeit im Stadtbild geworden; Auszahlungen vor Ort in Kreditinstituten werden zu-  
1556 nehmend zur Seltenheit. Warum sollte ein Bürgeramt-Automat nicht bald ebenso  
1557 selbstverständlich zum Stadtbild gehören? Wir wollen neben der Einrichtung von digi-  
1558 talen Bürgerämtern prüfen, ob die Bürger an Bürgeramt-Automaten rund um die Uhr  
1559 ihre Anliegen selbstständig und rechtssicher erledigen können, für die sie normaler-  
1560 weise einen Termin beim Bürgeramt vereinbaren müssten. Dafür nötig wären ein bio-  
1561 metrischer Personalausweis, eine eigenhändige Unterschrift sowie die entsprechen-  
1562 den Formulare oder der Einsatz eines Servicekontos – aber auch die Geldautomaten  
1563 sind nicht daran gescheitert, dass sich die Kunden eine PIN merken mussten.

